

LINKS UND RECHTS KANN MAN NICHT VERWECHSELN?

RECHTE UND LINKE POSITIONEN ZU ÖKOLOGIE
- EINE HANDREICHUNG FÜR LINKE AKTIVIST*INNEN



INHALTSVER- ZEICHNIS

04 ÜBER DIESE BROSCHÜRE

06 METHODIK

**08 WAS SIND EIGENTLICH „RECHTE“
UND „LINKE“ POSITIONEN?**

10 NATURVERSTÄNDNIS

14 KLIMAWANDEL

INFOBOX: SOLIDARITÄT

18 KLIMA / FLUCHT / MIGRATION

22 BEVÖLKERUNGSPOLITIK

INFOBOX: „NATÜRLICHE GRENZEN“

28 LANDWIRTSCHAFT

INFOBOX: „INVASIVE“ ARTEN

32 UMWELT UND ENTWICKLUNG

36 GLOBALISIERUNGSKRITIK

INFOBOX: ANTISEMITISMUS

42 WACHSTUMSKRITIK

INFOBOX: VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

**48 MANCHE MEINEN LINKS UND RECHTS KANN
MAN NICHT VERWECHSELN. WEICH EIN IRRTUM!**

53 RECHTE GRUPPEN UND PUBLIKATIONEN

56 GLOSSAR

60 WEITERFÜHRENDE LITERATUR

61 IMPRESSUM

**CLIMATE
ACTION
NOW**

ÜBER DIESE BROSCHÜRE

Die Rechten sind auf dem Vormarsch – so zumindest das Gefühl angesichts von steigenden Zahlen der AfD-Wähler*innen, autoritären Regierungen in einer wachsenden Anzahl von Ländern weltweit und europäischer Abschottung. Rechte Gruppierungen, Parteien und Individuen beschäftigen sich dabei bei weitem nicht nur mit Migration – auch wenn sie sich zu diesem Thema besonders lautstark äußern. Auch Ökologie und Umweltpolitik sind Themen der Rechten.

Rechte Positionen zu diesen Themen ähneln – zumindest auf den ersten Blick – manchmal denjenigen linker Gruppen. Rechte Gruppen und Publikationen beziehen sich dabei auch teilweise ausdrücklich auf linke Positionen. Ein Beispiel dafür ist das Interview mit der Aktivistin Vandana Shiva in der rechten Publikation *Umwelt & Aktiv* (3/2012).

Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt für die vorliegende Broschüre: Sie stellt rechte und linke Positionen zu Ökologie, Umweltpolitik und gesellschaftlichen Naturverhältnissen dar. Ziel der Broschüre ist es, Ähnlichkeiten und Unterschiede von rechten und linken Positionen in diesem Themenbereich aufzuzeigen. Damit soll linken Aktivist*innen ermöglicht werden, rechte Positionen zu erkennen, ihre eigene Argumentation zu schärfen, problematische Elemente in linken Argumentationen zu vermeiden und die richtigen Bündnispartner*innen zu finden.

Die Broschüre enthält Einzelkapitel zu folgenden Themen: Naturverständnis, Klimawandel, Klima / Flucht / Migration, Bevölkerungspolitik, Landwirtschaft, Umwelt und Entwicklung, Globalisierungskritik und Wachstumskritik. Jedes Kapitel beleuchtet rechte und linke Positionen. Dabei versuchen wir in den Kapiteln, herausarbeiten, wo Schnittmengen rechter und linker Positionen liegen, wo sie sich klar unterscheiden und wie sich linke Positionen vor rechter Vereinnahmung schützen können. Ansonsten sind die Kapitel unterschiedlich aufgebaut. Soweit wir in einzelnen Kapiteln linke Positionen zitieren und dabei Gemeinsamkeiten mit rechten Positionen herausarbeiten, tun wir das in solidarischer Absicht. Es geht uns nicht darum, einzelne linke Gruppen an den Pranger zu stellen oder ihnen rechte Tendenzen zu unterstellen. Wie wir die Begriffe „links“ und „rechts“ in dieser Broschüre verstehen und wie wir beim Verfassen methodisch vorgegangen sind, haben wir jeweils in einem Kapitel erklärt.

Die Broschüre ist von Aktivist*innen für Aktivist*innen geschrieben: Der Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (GesNat) der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein bundesweiter Zusammenhang von Menschen, die aktivistisch unterwegs sind, aber gleichzeitig Interesse haben, sich selber theoretisches Wissen anzueignen und dieses sozialen Bewegungen zur Verfügung zu stellen. Wir haben versucht, allgemeinverständlich zu schreiben zu schreiben. Die bunten Pfeile verweisen auf Begriffserklärungen im Glossar (G), Infoboxen (I) oder weitere Kapitel (K). Am Ende der Broschüre findet sich auch ein Überblick rechter Gruppierungen und Publikationen, die wir als Quellen genutzt haben.

Diese Broschüre findet ihr auch digital unter www.buko.info/gesnat-publikationen. Wir hoffen, dass sie nützlich ist und freuen uns über Rückmeldungen unter gesnat@buko.info!

METHODIK

Die Grundlage für die einzelnen Kapitel stellen linke und rechte Texte dar, die wir hauptsächlich online recherchiert haben. Wir haben dabei versucht, jeweils Texte und Aussagen von Gruppen, Einzelmenschen, Organisationen oder aus Medien auszuwählen, die eine bestimmte Relevanz haben – aufgrund ihrer Größe, ihrer politischen Bedeutung und öffentlichen Wahrnehmung oder weil sie sich sehr spezifisch mit Umweltthemen befassen. In diesem Sinne gehen wir nicht davon aus, dass unsere Recherche vollständig oder abschließend war. Wir gehen jedoch davon aus, dass die vorgestellten Positionen wichtig und stellvertretend für linkes bzw. rechtes Denken sind. Wir haben uns dabei größtenteils auf Gruppen beschränkt, die im deutschsprachigen Raum aktiv sind.

Was wir auf welcher Grundlage als rechte oder linke Positionen einstufen, könnt ihr auf Seite 9 nachlesen. Die Auswahl linker Gruppen haben wir aus eigener langjähriger aktivistischer Erfahrung vorgenommen. Unser Fokus lag dabei auf bewegungsnahen Gruppen sowie eher kritischen Nichtregierungsorganisationen. Außerdem haben wir Positionen berücksichtigt, die wir zwar eher im Mainstream einordnen, aber auf die sich linke Gruppen häufig beziehen (beispielsweise den *Club of Rome*). Bezüglich unserer Auswahl von untersuchten rechten Gruppen und Medien haben wir uns auf Einschätzungen zum Beispiel des *Antifaschistischen Pressearchivs* und *Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)* gestützt. Anders als bei den linken Positionen haben wir auf rechter Seite auch Parteien berücksichtigt. Unterschiedliche Positionen jeweils innerhalb der Rechten und Linken haben wir – soweit sie uns sehr auffällig und bedeutsam schienen – deutlich gemacht. Auf eine bis in Einzelheiten differenzierte Darstellung unterschiedlicher Strömungen haben wir im vorliegenden begrenzten Rahmen allerdings verzichtet. Eine Übersicht und Einordnung der rechten Gruppen und Medien, bei denen wir recherchiert haben, findet ihr auf den Seiten 53–55.

Direkte Zitate sind in Fußnoten belegt. Weiterführende Literaturhinweise finden sich themenspezifisch, wenn vorhanden, am Ende jedes Kapitels bzw. allgemein am Ende der Broschüre. Zitate aus und Verweise auf rechte Online-Veröffentlichungen haben wir nicht direkt verlinkt, da wir nicht dazu beitragen wollen, diese Positionen und die Medien, in denen sie veröffentlicht werden, weiterzubreiten. Dennoch verweisen wir auf sie, da wir zeigen wollen, dass wir uns nicht auf bloße Behauptungen stützen. Außerdem ist auch ein Minimum an wörtlichen Zitaten notwendig, um die Schnittmengen und Unterschiede zwischen rechten und linken Positionen aufzuzeigen.

Die Auswahl von behandelten Themen ist nicht abschließend. Wir haben zunächst vorhandenes Material gesichtet und dann Themen ausgewählt, die sowohl in linken als auch rechten Publikationen immer wieder vorkamen.



WAS SIND EIGENTLICH „RECHTE“ UND „LINKE“ POSITIONEN?

In dieser Broschüre sprechen wir von rechten und linken Positionen – aber was ist eigentlich eine rechte und eine linke Position? Es gibt dazu Definitionen, die sich in Formulierungen und Einzelheiten unterscheiden. Unser eigenes Verständnis bewegt sich grob im folgenden Rahmen:

Wir orientieren uns für die Analyse dessen, was eine **linke Position** ist, an einem Text von Michael Brie und Christoph Spehr aus dem Jahr 2006.¹ Linke Positionen zeichnen sich danach durch drei Grundgedanken aus:

1. Glaube an die Gleichwertigkeit aller Menschen und Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe,
2. Forderungen nach weiterer Demokratisierung und
3. Unterstützung für materielle Umverteilung und Gleichheit und Forderung nach Zurückdrängung von Marktmechanismen als Grundlage der Wirtschaft.

Wie und wie ausgeprägt sich linke Gruppen dabei auf der jeweiligen Achse positionieren, hängt von der jeweiligen Gruppe ab. In dieser Broschüre beschreiben wir solche Gruppen nicht als links, die einen dieser drei Grundgedanken überhaupt nicht teilen. Gruppen, die bezüglich einem oder mehreren der drei Grundgedanken sehr weitgehende Forderungen oder Positionen haben und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse sehr stark verändern wollen, bezeichnen wir als linksradikal. Ein besonders klares Beispiel ist die Ablehnung des Kapitalismus als weitgehende Forderung im Hinblick auf den dritten Grundgedanken.

Ein besonders prominentes verbindendes Merkmal **rechter Positionen** ist grundsätzlich, dass sie bestimmte Menschen aufgrund der Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe abwerten, z. B. in Form von Rassismus oder Antisemitismus. Dafür wird davon ausgegangen, dass bestimmte Menschengruppen jeweils einheitlich sind und bestimmte Eigenschaften haben. Rechte Positionen enthalten also Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Diese Vorstellungen gehen dabei häufig davon aus, dass Menschen von ‚Natur aus‘ so oder so sind. Häufig unterstützen rechte Gruppierungen auch diktatorische Regierungsformen oder autoritäres staatliches Handeln. Je weiter rechts eine Gruppe steht, desto ausgeprägter sind die entsprechenden Meinungen.

Quelle:

¹ Brie, Michael/Spehr, Christoph (2006): Was ist heute links, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung/WISSENTransfer (Hg.): Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung, 1/2006, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers0601.pdf.

NATUR- VERSTÄNDNIS

Naturverständnisse werden selten offengelegt. Dabei prägen und stärken sie politische Positionen. Sich mit konkreten Naturverständnissen zu beschäftigen, kann daher hilfreich sein, um rechte Ansätze von linken zu unterscheiden. Dazu gehört eine Analyse von Vorstellungen, Bildern und Metaphern von ‚Natur‘. Eine kritische Auseinandersetzung ist auch deshalb notwendig, weil der Begriff ‚Natur‘ eine teilweise unrühmliche Vergangenheit hat. Er diente lange als Rechtfertigung für Kolonialismus, Rassismus, Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern oder soziale Ungleichheit und zementierte diese. Natur und Naturschutz – in Verbindung mit anderen Begriffen wie ‚Heimat‘ – waren auch wichtige Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie.

Von Natur aus gut?

Bis heute dient der Verweis auf ‚Natur‘ häufig dazu, bestimmte von Menschen geschaffene, angeblich natürliche Ordnungen zu rechtfertigen. Natur wird hierbei nicht als eine Idee verstanden, die gesellschaftlich geprägt ist und deren Verständnis sich ständig wandelt. Vielmehr gelten ‚Natur‘ und alles ‚Natürliche‘ als gegeben und unveränderlich. In einem rechten Naturverständnis gilt all das als natürlich, was allgemein akzeptiert und nicht hinterfragbar ist. Die Sozialwissenschaftler*innen Simone Schumann und Claudia Schwarz charakterisieren das konservative und rechte Naturverständnis wie folgt: „Natur wird [darin] zum Platzhalter für Kultur, im Sinne von Tradition, Werten und Normen. Referenzen auf etwas Unnatürliches dienen somit dazu, bestimmte kulturelle Werte und Normen zu bestätigen.“¹ Diese Vorstellung von Natur wird genutzt, um Diskriminierung, beispielsweise von [LGBTIQ+](#), zu rechtfertigen ([Naturalisierung](#)). Um beispielsweise Homosexualität abzuwerten, bezeichnen Konservative und Rechte sie häufig als ‚widernatürlich‘. Dahinter steht die [essenzialistische](#) Annahme, dass soziale Kategorien biologisch untermauert sind. So werden beispielsweise Männern und Frauen bestimmte ‚naturegegebene‘ Merkmale zugeschrieben, welche den [patriarchalen](#) Geschlechterrollen entsprechen. Ein Beispiel hierfür sind die häufig genutzten Sprachbilder von ‚Mutter Natur‘ und ‚Vater Staat‘. Die ‚Mutter Natur‘ steht dabei oftmals für alles, was mit Reproduktion zu tun hat, sie verkörpert Fruchtbarkeit und Leben – und erscheint dabei schutzbedürftig und schwach. Demgegenüber steht der männliche ‚Vater Staat‘ für alles, was mit Politik und Gesellschaft zu tun hat, er wird als aktiv handelnd und stark dargestellt. Wie Lukas Nicolaisen und Yannick Passeick von der *Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)* schreiben: „Der konservative Naturschutz geht von einem holistischen, ganzheitlichen Verständnis der Natur aus. Innerhalb dieses Verständnisses hat jedes Individuum seinen organisch gewachsenen Platz, den es einzig und allein einnehmen muss, um das große Ganze zu erhalten.“²

Problematische Verklärungen

Ein solches Naturverständnis fügt sich aber auch bestens in liberale Ideologien ein: Menschen werden als ‚von Natur aus‘ egoistisch und von Konkurrenz getrieben begriffen, weshalb der Kapitalismus die ‚natürlichste‘ Wirtschaftsform sei. Zugleich befördert das beschriebene Naturverständnis Vorstellungen, die bestimmte Lebensformen idealisieren und Erwartungen darauf übertragen. Der im 19. und 20. Jahrhundert geläufige und kolonial geprägte

Begriff der ‚Naturvölker‘ (in Abgrenzung zu den europäischen ‚Kulturvölkern‘) beinhaltet eine Vorstellung des ‚edlen Wilden‘, der in vollkommener Harmonie mit ‚der Natur‘ lebe.³ Das Problem dabei ist nicht die Annahme, dass manche traditionelle, indigene Lebensweisen relativ ökologisch sind; diese Annahme kann durchaus zutreffen. Mit der Unterscheidung werden aber rassistische und romantisierende Vorstellungen davon verbunden, wie indigene Gemeinschaften sind und zu leben haben.

Die Sehnsucht nach einem Leben ‚in Harmonie mit der Natur‘ findet sich teilweise auch in den gegenwärtigen Umweltbewegungen wieder. So erklärt ein Aktivist von *Extinction Rebellion* die Ziele der Bewegung wie folgt: „Vielleicht spüren wir Menschen instinktiv, dass unsere aktuelle Art zu leben wider die Natur ist. [...] Die Rebellion steht für ein Leben mit mehr Freizeit, Gemeinschaft und für ein Zusammenleben unserer Spezies in behutsamer Harmonie mit einer intakten Natur.“⁴ Wenn Gruppen alles, was als natürlich bezeichnet wird, positiv bewerten, ist Vorsicht geboten. Die Argumentationsweise, dass etwas gut ist, wenn es ‚natürlich‘ und schlecht, wenn es ‚un-‘ oder ‚widernatürlich‘ ist, beruht auf einer idealisierten Vorstellung von Natur. Dabei werden beispielsweise eine ‚natürliche Lebensweise‘ oder ‚natürliche Produkte‘ künstlichen oder chemischen Alternativen gegenübergestellt. Dies missachtet, dass auch ‚das Natürliche‘ selbst menschengemacht ist und sich abhängig von Zeit und Kontext verändert.

Natur? Natürlich eine Vorstellung!

Einen wichtigen Ausgangspunkt für eine Neubestimmung des Naturbegriffs bildeten in den 1990er Jahren feministische Ansätze. So machte beispielsweise die Philosophin Judith Butler darauf aufmerksam, dass bestimmte Sachverhalte, die bisher als ‚natürlich‘ galten – wie etwa die Aufteilung von Menschen in zwei Geschlechter – keine Naturtatsachen sind, sondern gesellschaftlich erdachte Ideen sind. Sie stellte damit  essenzialistische und  biologistische Vorstellungen in Frage. Dadurch musste auch Natur nicht als etwas Gegebenes, sondern als eine sich wandelnde gesellschaftliche Idee und Vorstellung begriffen werden. Wie Natur gedacht wird, ist also eine politische Frage und muss daher auch politisch diskutiert werden. Auch das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse macht auf die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur aufmerksam. Natur muss immer in Beziehung zu sozialen, ökonomischen und politischen Faktoren betrachtet werden.

Folgende Fragen können helfen,

Naturverständnisse aufzudecken und kritisch zu hinterfragen:

- ▶ Wird von ‚der Natur‘ gesprochen? Wird Natur als etwas beschrieben, das gegeben und unveränderlich ist? Oder steht die Annahme im Vordergrund, dass unsere Vorstellung von Natur stets gesellschaftlich geprägt ist?
- ▶ Ist die Rede von ‚Naturgesetzen‘ oder ‚natürlicher Ordnung‘? Werden Maßstäbe und Begriffe aus der Tier- und Pflanzenwelt auf die menschliche Gesellschaft übertragen? Geschieht dies mit dem Ziel, bestimmte soziale Ungleichheiten oder Ähnliches als ‚naturgegeben‘ zu rechtfertigen ( Sozialdarwinismus)?
- ▶ Wird etwas ein positiver Wert zugeschrieben, weil es ‚natürlich‘ ist?

- ▶ Dient der Naturbegriff dazu, Nationalismus, Rassismus bzw. Diskriminierung von  LGBTIQ+ zu untermauern, beispielsweise, indem Verhaltensweisen als ‚widernatürlich‘ bezeichnet werden?
- ▶ Zementieren das Naturverständnis und damit verbundene sprachliche Bilder bestimmte Geschlechtervorstellungen (etwa durch Ausdrücke wie ‚Mutter Natur‘ oder ‚jungfräuliche Natur‘)?
- ▶ Wird Natur romantisiert, beispielsweise durch die Rede von der ‚wildem, unberührten Natur‘ oder Forderungen nach einem ‚Zurück zur unverdorbenen Natur‘?

Quellen:

- ¹ Schumann, Simone/Schwarz, Claudia G. (2015): Natürlich Nano. Die argumentative Kraft von Naturkonzepten in Laiendiskussionen zu Nanotechnologie, in: Compagna, Diego (Hg.): Leben zwischen Natur und Kultur. Zur Neuaushandlung von Natur und Kultur in den Technik- und Lebenswissenschaften, Bielefeld, Transcript, 153.
- ² Nicolaisen, Lukas/Passelick, Yannick (2018): Das Fremde und das Eigene, in: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz – eine Handreichung, 22.
- ³ Noch in der Ausgabe des Duden von 2015 wird „Naturvolk“ definiert als: „Volk, Volksstamm, der (abseits von der Zivilisation) auf einer primitiven Kulturstufe lebt“, siehe: Duden – Deutsches Universalwörterbuch (2015): Das umfassende Bedeutungswörterbuch, Berlin, Bibliographisches Institut, 1253.
- ⁴ Sajovitz, Paul (2019): Extinction Rebellion: Eine Liebeserklärung an die Welt, Klimareporter.in (Website), 21.03.2019, <https://klimareporter.in/extinction-rebellion>.

KLIMAWANDEL

Man könnte denken, beim Klimawandel sei die Sache ziemlich klar: Die Rechten leugnen ihn oder geben zwar zu, dass es ihn gibt, aber behaupten, er sei nicht menschengemacht. Lange war das auch so. Aufgrund des wachsenden gesellschaftlichen Interesses am Klimawandel versuchen aber rechte Parteien und Gruppierungen zunehmend, das Thema zu besetzen.

Klimaschutz von rechts

So verlangte beispielsweise der Vorsitzende der *Jungen Alternative (JA)* Berlin kurz nach den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019, dass die *Alternative für Deutschland (AfD)* den Umwelt- und Klimaschutz in ihr Programm aufnehmen solle. In dem Schreiben der *JA* heißt es: „Wir fordern die Mandats- und Funktionsträger unserer Partei dazu auf, von der schwer

nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen.“¹ Diese Wende ist auch bei rechten Zeitschriften zu beobachten. Anfang 2017 konnte man in der *Umwelt & Aktiv* noch lesen: „Der Klimaschutz ist von Beginn an Unfug!“² In der Ausgabe 1/2019 heißt es hingegen: „Klimaschutz [...] ist im weitesten Sinne auch Heimatschutz und damit auch ein zentrales Anliegen von *Umwelt & Aktiv*.“³ Ähnlich argumentierte der rechte Publizist Claus-Martin Wolfschlag schon 2009 in der *Sezession*, das Thema Klimaschutz sei mit „urkonservativen Werten“ verbunden. Es appelliere „an Bescheidenheit und Verzicht, an ein bewußteres Leben, an den pfleglichen Umgang mit der Heimat und Umwelt, an das Sparen von Ressourcen, an eine autarkere Energiepolitik, die uns national unabhängig von ausländischen Lieferungen macht, an die Zukunftssicherung des Energiebedarfs für unsere Enkel.“⁴

Laut einer aktuellen Studie⁵ leugnen ‚nur‘ sieben von 21 untersuchten rechtspopulistischen Parteien in der Europäischen Union (EU) den Klimawandel, seine menschengemachten Ursachen oder negativen Folgen. Zwei Parteien (*Fidesz* in Ungarn und *Nacionālā apvienība* in Lettland) stützen sich ausdrücklich auf wissenschaftliche Erkenntnisse und betrachten die Folgen des Klimawandels als Bedrohung. Aber auch die französische Partei *Rassemblement National* und die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* befürworten einen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen. Dabei spielen vor allem zwei Aspekte eine Rolle: erstens Unabhängigkeit in der Energieversorgung, verstanden als nationale Unabhängigkeit, und zweitens die Verbesserung der Lebensqualität der ‚eigenen‘ Bevölkerung (etwa durch günstige Energie). Im Programm der rechten finnischen Partei *Perussuomalaiset* heißt es beispielsweise in bestem Klimagerechtigkeits-Sprech: „Die Klimapolitik der EU muss sich auch um soziale Gerechtigkeit kümmern – sie muss anerkennen, dass hohe Energiepreise die Ärmsten am stärksten treffen.“⁶

Klimagerechtigkeit nur für wenige?

Soziale (Un-)Gerechtigkeit spielt also mitunter eine wichtige Rolle im rechten Klimadiskurs. Sie wird dabei aber sehr selektiv verstanden, im nationalen Rahmen gedacht und geht daher oft Hand in Hand mit Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus. Anstatt die Klimakrise global als eine Frage sozialer Gerechtigkeit zu betrachten, wird nur die ‚eigene‘, national definierte und **G** weiße Bevölkerung für wichtig gehalten (**I** Solidarität). Nur für diese muss der Klimaschutz sozial gestaltet werden, während der Rest der Welt mit einschneidenden Maßnahmen zu leben hat. So fordert beispielsweise die *Junge Alternative* „Entwicklungshilfe für Schwellenländer“ an die Einführung einer Ein-Kind-Politik zu koppeln, „um einem der größten Klimaprobleme, der Überbevölkerung, entgegenzutreten“ (**K** Bevölkerungspolitik).⁷ Problematisch wird es auch, wenn der Klimawandel als ein Sicherheitsproblem für die Staaten des **G** Globalen Nordens dargestellt wird. Dieses Argument machen sich Rechte zunutze, wenn sie im Angesicht der Auswirkungen des Klimawandels fordern, Grenzen zu schließen und Migration zu unterbinden (**K** Klima / Flucht / Migration).

Um linke und emanzipatorische Ansätze von rechten, aber auch liberalen, zu unterscheiden, kann es hilfreich sein, sich folgende Fragen zu stellen: Wie definieren sie das Problem? Welche Ursachen der Klimakrise identifizieren sie? Welche Lösungen fordern sie?

Welche Ursachen und Lösungen der Klimakrise werden genannt?

Allgemein stehen bei Debatten um den Klimawandel häufig zu hohe Treibhausgas-Emissionen im Vordergrund. Der Klimawandel wird auf ein rein technisches Problem reduziert, das nach technischen Lösungen verlangt. Dass die kapitalistische Produktionsweise für die Klimakrise verantwortlich ist und dass globale Ungleichheiten notwendigerweise überwunden werden müssen, wird ausgeblendet. Eine derart verkürzte Problembeschreibung trägt dazu bei, bestehende Machtverhältnisse zu festigen und risikoreiche technologische Lösungen, wie das Geoengineering,⁸ zu begünstigen. Wenn der Klimawandel nicht als ein Problem betrachtet wird, das durch das kapitalistische System verursacht ist, werden häufig bestimmte gesellschaftliche Gruppen, Länder oder Konzerne für ihn verantwortlich gemacht. Während Rechte die Schuld vorrangig der wachsenden Bevölkerung im **G** Globalen Süden zuschieben oder als eine Verschwörung von Jüd*innen, linken Wissenschaftler*innen oder China abtun (**D** Verschwörungstheorien), existieren auch im linken Spektrum bisweilen verkürzte Argumentationsweisen. Wenn von ‚Corporate Climate Criminals‘ oder ‚Klimasündern‘ gesprochen wird, kann der Eindruck erweckt werden, der Klimawandel sei allein die Schuld von ein paar Unternehmen und deren sich kriminell verhaltendem Führungspersonal. Strategisch ist es dabei sicherlich sinnvoll, sich auf einen konkreten Gegner, zum Beispiel den Energiekonzern RWE im Rheinland, zu konzentrieren. Um allerdings nicht in eine oberflächliche oder verkürzte Kritik abzurutschen, braucht es zusätzlich eine umfassendere Gesellschaftsanalyse.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise mit ihren dramatischen Folgen erfreuen sich zudem von der Politik vorgeschriebene, technokratische Lösungen und der Ruf nach einem starken Staat wachsender Beliebtheit. Beispielsweise fordern Teile der Klimabewegung, einen Klimanotstand auszurufen. Geschichtlich gesehen sind Notstandsgesetzgebungen vor allem ein Instrument rechter und konservativer Regime gewesen, Beispiele sind die nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetze 1933, die trotz massivem Protest durchgesetzten Notstandsgesetze in der BRD 1968 oder die Entwicklungen in der Türkei nach dem Putschversuch 2016. *Extinction Rebellion* verbindet die Forderung nach der Ausrufung des Klimanotstandes mit dem Appell an Regierungen, die „Wahrheit“ zu sagen und „die existenzielle Bedrohung der ökologischen Krise offen[zu]legen“.⁹ Damit wird nahegelegt, dass ‚die Mächtigen‘ etwas verheimlichen. Solche Aussagen können anschlussfähig an **D** Verschwörungstheorien sein.¹⁰

Klimagerechtigkeit – für alle!

Wenn rechte Parteien und Gruppierungen versuchen, das Thema Klimawandel für sich zu vereinnahmen, ist es wichtig, sich politisch klar zu positionieren: als internationalistisch, antirassistisch, antifaschistisch, feministisch und für emanzipatorische Teilhabe, gerade von benachteiligten sozialen Gruppen. Dies ist insbesondere wichtig in Zeiten, in denen sich Teile der wachsenden Klimabewegung nicht vornehmlich am Leitbild globaler Klimagerechtigkeit orientieren, sondern in erster Linie mehr Klimaschutz fordern.

Quellen und Anmerkungen:

- ¹ Das Schreiben „Nachbetrachtung der Wahl zum EU-Parlament“, das zur Auflösung des Vorstandes der Berliner JA führte, wurde an den AfD-Vorstand verschickt. Vergleiche beispielsweise: Kiesel, Robert (2019): Parteienwachstum fordert neue Klimapolitik der AfD, *Der Tagesspiegel* (Website), 29.05.2019, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/krise-bei-der-afd-jugend-berlin-vorstand-zerbricht-an-alleingang-bei-der-klimapolitik/24404270.html>.
- ² Zitiert nach: Passeick, Yannick (2018): Umweltschutz in rechten Zeitungen, Parteiorganen und Blogs, in: *NATURFREUNDIn*, 2-2018, 8, <https://www.naturfreunde.de/umweltschutz-rechten-zeitungen-parteiorganen-und-blogs>.
- ³ *Umwelt & Aktiv* (2019), Das Märchen von der Nachhaltigkeit, Editorial, 1/2019.
- ⁴ Wolfschlag, Claus (2009): Prima Klima?, in: *Sezession* (Website), 22.12.2019.
- ⁵ Schaller, Stella/Carius, Alexander (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, Berlin, Adelphi, <https://www.adelphi.de/de/publikation/convenient-truths>.
- ⁶ Ebenda, 15; eigene Übersetzung, im Original: „The EU’s climate policy must be concerned with social justice – it must realise that high energy prices affect the poorest the most.“
- ⁷ Siehe Endnote 1.
- ⁸ Beim Geoengineering handelt es sich um den Versuch, durch technische Hilfsmittel großräumig in natürliche Prozesse einzuwirken, um das Klima zu beeinflussen, beispielsweise um CO₂ aus der Atmosphäre zu entnehmen. Zur kritischen Einordnung von Geoengineering siehe zum Beispiel das Web-Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung: <https://www.boell.de/en/geoengineering>.
- ⁹ Vergleiche die Website von *Extinction Rebellion Deutschland*: <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/>.
- ¹⁰ So behauptete beispielsweise der Mitgründer von *Extinction Rebellion*, Roger Hallam, in einem Interview mit dem Spiegel am 21.11.2019: „Die Eliten haben die bewusste Entscheidung getroffen, die nächste Generation zu zerstören, um an der Macht bleiben zu können.“, zitiert nach: Backes, Laura/Thelen, Raphael (2019): „Ich wäre ins Gefängnis gegangen – das ist wie mit der Weißen Rose.“ *Extinction Rebellion*-Mitgründer Hallam im Interview, *Spiegel Online*, 21.11.2019, <https://www.spiegel.de/plus/roger-hallam-extinction-rebellion-das-ist-wie-mit-der-weissen-rose-a-8753525-74c1-44bf-870a-32c7b2208891>. Anmerkung: *Extinction Rebellion Deutschland* distanzierte sich entschieden von Hallam wegen dieser und weiterer Äußerungen.

D SOLIDARITÄT

Solidarität meint, dass Menschen aus politisch-ethischen Gründen füreinander einstehen. Solidarität ist vor allem für linke Bewegungen ein zentraler Bezugspunkt, der den Zusammenhalt in und die Verknüpfung von emanzipatorischen Kämpfen ermöglicht, beispielsweise in der Arbeiter*innenbewegung, in globalisierungskritischen oder feministischen Bewegungen. „Solidarität statt Rassismus“ oder „Solidarität statt Ausgrenzung“ sind häufig verwendete linke Slogans.

Doch auch die Rechte arbeitet mit dem Begriff der Solidarität. **G** Rechtspopulistische Diskurse appellieren an ein starkes ‚Wir-Gefühl‘, das jedoch ausschließlich funktioniert. Dabei wird versucht, einen auf eine bestimmte Menschengruppe begrenzten solidarischen Rahmen zu schaffen, von dem andere ausgeschlossen werden. Die ausgeschlossenen Menschen werden dann als Bedrohung des solidarischen Raums betrachtet. Nach dem Motto: Solidarisch sein ja, aber nur unter unseresgleichen. In der Soziologie wird daher von „exklusiver Solidarität“ gesprochen – beispielsweise unter als deutsch wahrgenommenen Arbeiter*innen oder Hilfsbedürftigen, mit dem Ausschluss anderer Arbeiter*innen oder Hilfsbedürftiger. Ziel ist es, Wohlstand für eine begrenzte Gruppe zu sichern, wobei Kosten und Schäden auf andere ausgelagert werden. Solidarität in einem linken Verständnis versucht dagegen, eine solche **G** imperiale Lebensweise zurückzudrängen. Auch eine linke solidarische Praxis sollte nach ihren Grenzen und Fallstricken befragt werden, dennoch ist klar: Der Bezugsrahmen für linke Bewegungen bleibt grenzüberschreitend und globale Solidarität.

KLIMA / FLUCHT / MIGRATION



Kein
mensch
ist
illegal

„Langfristig verschärfen ‚Klimaflüchtlinge‘ die Flüchtlingsproblematik dramatisch [...]. Den Betroffenen in ärmeren Ländern muss geholfen werden – auch weil sonst neue Flüchtlingswellen drohen.“¹

„Wie sieht denn dann die Erde aus? Naja, zum einen müssen Hunderte Millionen Menschen fliehen, weil sie kein Zuhause mehr haben. Die Internationale Organisation für Migration hat vor ein paar Jahren berechnet, dass so in 30 Jahren etwa 230 Mio. Leute in anderen Ländern unterkommen müssen. Da wir uns aber in der Zwischenzeit auf nicht so ‚nem guten Kurs befunden haben, geht sie jetzt mittlerweile schon von über 400 Mio. Flüchtlingen aus. [...] So viele Menschen werden dann kommen, viele nach Europa! Also wenn ihr glaubt, dass die Flüchtlinge in den letzten Jahren schon eine ‚Flüchtlingskrise‘ waren, dann freut euch da drauf! Dann geht’s nämlich nicht mehr um ein paar Millionen, sondern um Hunderte Millionen, und denen kannst du dann nicht mehr sagen: ‚ja bau doch dein Zuhause wieder auf!‘“²

Spätestens mit den Protesten von *Fridays for Future* und der Europawahl 2019 hat sich gezeigt: Der menschengemachte Klimawandel gilt nicht länger als reines Umweltthema, sondern wird als eines der wichtigsten und drängendsten gesellschaftlichen Themen verhandelt. Bei der Analyse der negativen Konsequenzen des Klimawandels darf dabei auch in linken Kreisen ein Aspekt nicht fehlen: die Zunahme von  Klimageflüchteten. Als Antwort darauf wird oftmals die Forderung aufgestellt, „Fluchtursachen zu bekämpfen“, was jedoch schnell von Forderungen nach einer verbesserten Fluchtabwehr bis hin zu „Flüchtlinge bekämpfen“ vereinnahmt werden kann.

‚Flüchtlingskrise‘ als Bedrohung des Globalen Nordens

Zu den Zusammenhängen zwischen Klimawandel, Flucht und Migration gibt es zwischen rechten und linken Positionen zahlreiche Überschneidungen. Beispielhaft erscheint dabei ein Artikel im liberalen *Handelsblatt*, der betont, wie dringlich in Bezug auf die Klimakrise gehandelt werden muss. So heißt es bereits im Untertitel: „Der Klimawandel führt zu Dürre, Fluten und Hunger. Wenn die Industriestaaten jetzt nicht eingreifen, tragen sie morgen die Konsequenzen der Völkerwanderung“.³

Solche Beiträge benennen Migration und Flucht dabei als ‚Flüchtlingsproblematik‘ (oftmals auch ‚Flüchtlingskrise‘). Sie bezeichnen dabei nicht das europäische Grenzregime oder die Verschärfung nationaler Einwanderungsgesetze als Problem, sondern vielmehr geflüchtete Menschen, während sie die Krise vornehmlich in den Ländern des  Globalen Nordens verorten.

Gleichzeitig verwenden sie eine Sprache, die vor allem Metaphern aus dem Bereich von Natur- und Flutkatastrophen benutzt: So ist von ‚Flüchtlingswellen‘ oder ‚Migrationsströmen‘ und einer ‚Flüchtlingsflut‘ die Rede. Migrant*innen werden dabei nicht als Individuen behandelt und sprachlich zu einer gestaltlosen, unaufhaltsam heranströmenden Masse gemacht. Diese Sprache verbindet den Begriff des ‚Flüchtlings‘ unweigerlich mit Gefahr und einem großen, zerstörerischen Potential, mit etwas, dem Gesellschaften unweigerlich ausgeliefert sind. Gleichzeitig legen diese Bilder bestimmte Handlungsweisen nahe: Flutwellen sind nicht

etwas, dem Menschen bereitwillig die Türen öffnen, das Rechte hat, Unterstützung braucht und Sympathie auslöst. Vielmehr erscheinen die naheliegendsten Lösungsstrategien zu sein, Migrant*innen abzuwehren, Schutzdämme zu bauen, Türen und Fenster abzudichten und das eigene Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Auch Begriffe wie ‚Völkerwanderung‘, ‚Massenexodus‘ oder ‚Masseneinwanderung‘ beinhalten das Bild einer großen, nicht zu bewältigenden Masse von Menschen und dienen damit dem Heraufbeschwören von Ängsten.

Auch der Youtuber Rezo zeichnete in seinem Video „Die Zerstörung der CDU“ ein dramatisierendes Zukunftsszenario.⁴ Dazu werden Zahlen bemüht – dies schürt aber gleichzeitig Ängste: über 400 Mio. Geflüchtete bei 500 Mio. Europäer*innen. Dabei wird schnell überhört, dass nicht alle, sondern lediglich „viele“ Geflüchtete nach Europa kommen werden. Richtig wäre jedoch, dass nur ein Bruchteil dauerhaft nach Europa flieht. Flucht- und Migrationsbewegungen finden meistens innerhalb der jeweiligen Länder oder Regionen statt – und sind oftmals zeitlich begrenzt.

Das macht Flucht für die einzelnen Menschen nicht weniger schlimm. Entscheidend ist jedoch, aus welcher Perspektive Gruppen den Anstieg an Klimageflüchteten und dessen negative Folgen thematisieren: Flucht und Migration aufgrund von klimabedingten Extremereignissen verursachen Not, Traumatisierung und vieles mehr. Aus dieser Perspektive ist es völlig gerechtfertigt, verhindern zu wollen, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen. Jedoch sprechen linke und rechte Beiträge oftmals nicht Flucht und ihre Ursachen an sich als Problem an, sondern problematisieren lediglich die Auswirkungen in den Ländern des Globalen Nordens. Dabei geht es um Möglichkeiten der Aufnahme und Finanzierung, Sicherheit, eine Überforderung und möglichen Rechtsruck bis hin zu – in rechten Positionen – einer ‚Überfremdung‘ der Gesellschaft. Ein beiläufiges „dann freut euch da drauf“ wie in Rezos Video erscheint dadurch schnell anschlussfähig an rechte Positionen und Forderungen nach einer verstärkten Sicherung von Grenzen. Damit kann Rassismus weiter verstärkt werden.

„Fluchtursachen bekämpfen“

Um Flucht und Migration einzudämmen, wurde in den letzten Jahren die Forderung „Fluchtursachen bekämpfen“ zum Leitspruch von Politik und Zivilgesellschaft von rechts bis links (K Umwelt und Entwicklung). Oft unterscheiden sich die Analysen und Forderungen sprachlich dabei nur um Nuancen – mit jedoch sehr unterschiedlichen Stoßrichtungen. Bereits bei der Frage, was als Fluchtursache angesehen werden kann, lassen sich Unterschiede zwischen rechten und linken Positionen ausmachen. Dabei benennen linke Positionen zumeist postkoloniale und kapitalistische Strukturen (z. B. Freihandelsverträge, G Landgrabbing etc.), Rassismus und ungleiche Machtverhältnisse als Ursache von Flucht und Migration. Sie verorten Verursacher und Profiteure in erster Linie im Globalen Norden (G imperiale Lebensweise). Rechte Positionen betonen eher die vermeintlich selbstverursachten Probleme in den Ländern des Globalen Südens wie ‚gescheiterte Staaten‘, Korruption, Bevölkerungswachstum (K Bevölkerungspolitik) und gewaltsame Konflikte. Wichtig ist dabei auch die Wortwahl: Ob Texte und Beiträge Korruption als Teil des Kapitalismus bezeichnen oder „korrupte Eliten“ anprangern, ob sie kriegerische Auseinandersetzung als Strategie zur Absicherung von

Machtverhältnissen beschreiben oder die USA als (allein verantwortliche) Kriegshetzerin beschimpfen, macht einen großen Unterschied. Insbesondere dann, wenn von „Plänen“ die Rede ist, die von „DEN Globalisten“, „DER Wall Street“, „DER USA“ oder „DEM internationalen Finanzkapital“ gesteuert werden, bewegt man sich im Spektrum von Antisemitismus und rechten Verschwörungstheorien (D Antisemitismus, D Verschwörungstheorien).

Linke Positionen

Eine klassische linke Position lautet hingegen „Fluchtursachen, nicht geflüchtete Menschen bekämpfen“. Anhand dieses recht eingängigen Slogans lassen sich Forderungen und Maßnahmen dahingehend abklopfen, ob sie strukturelle Ursachen von Flucht und Migration benennen und verändern wollen. Geht es darum, Maßnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen, um zunehmende Naturkatastrophen und verschärfte Notsituationen, die vor allem Menschen im Globalen Süden betreffen, zu verhindern? Oder sollen Fluchtursachen bekämpft werden, damit weniger Menschen in die Länder des Globalen Nordens migrieren und ‚unsere Lebensweise bedrohen‘? Verfestigen linke Forderungen Vorstellungen von Flucht und Migration als irregulär und illegal, kriminalisieren dadurch Geflüchtete und Migrant*innen und befördern rassistische Vorurteile? Oder stellen sie Migration und Bewegungsfreiheit als positive Handlungsoptionen dar, für die es einzutreten gilt?

Wichtig ist auch, wie Menschen, die fliehen müssen, benannt werden: Sind sie in erster Linie passive Opfer, die dem Klimawandel ausgeliefert sind, denen ‚von uns‘ geholfen werden muss und die froh um jeden Schutz sein sollten? Oder werden sie als Menschen dargestellt, die Rechte, eigene Wünsche, Bedürfnisse und berechnete Forderungen haben, die kämpfen und sich organisieren? Werden sie als gestaltlose Masse für die Unterstreichung der eigenen Forderungen eingesetzt? Oder werden sie als Personen gesehen, denen mensch auf Augenhöhe begegnen kann, wodurch gegenseitige Solidarität erst möglich wird?

Ein Anspruch an linke Positionen sollte ebenfalls sein, Verallgemeinerungen zu vermeiden. Wenn beispielsweise über einzelne Länder des Globalen Nordens wie Deutschland oder die USA gesprochen wird, kann nicht im Anschluss daran „Afrika“ als Ganzes verhandelt und dabei die Größe und Vielfalt des Kontinents und die unterschiedlichsten Bedingungen in verschiedenen afrikanischen Ländern in kolonialer Art ausgeblendet werden – Afrika ist kein Land!

Nicht zuletzt zeichnen sich emanzipatorische Positionen dadurch aus, Auswirkungen des Klimawandels aus einer Gerechtigkeitsperspektive zu beleuchten. Sie stellen dabei Fragen nach Gerechtigkeit sowohl zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, aber auch zwischen Geschlechtern, Klassen, sozialen Gruppen und Generationen.

Quellen:

- 1 Jahn, Thomas/Kersting, Silke/Spohr, Frederic (2018): Fluchtursache Klima – Warum die Industriestaaten jetzt handeln müssen, in: Handelsblatt vom 2. August 2018, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/klimawandel-fluchtursache-klimawarum-die-industriestaaten-jetzt-handeln-muessen/22868574.html?ticket=ST-12979249-fStHG9ofq0A21WTiNalz-ap5>.
- 2 Rezo (2019): Die Zerstörung der CDU, <https://www.youtube.com/watch?v=4Y1ZQsyuSQ>.
- 3 Siehe Endnote 1.
- 4 Siehe Endnote 2.

BEVÖLKERUNGS- POLITIK

Reproductive Rights
BLACK AND BROWN LIVES
matter
Love Is Love
Climate Change Is Real
Real Gun Control
#METOO
Brett Kavanaugh Trial
Alternative Fucking Fact
DUMP DRUMPF

„Das rasante Wachstum der Bevölkerung besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern stellt auch den Umweltschutz vor immer größere Probleme.“¹¹

„Ungezügelter Bevölkerung- und Wirtschaftswachstum werden eine Katastrophe für uns Menschen und unsere Umwelt sein, zumindest auf Grundlage der Modelle, die wir für beides bisher angenommen haben.“¹²

Die Ansicht, dass Umweltprobleme darauf zurückzuführen seien, dass es zu viele Menschen auf der Erde gibt, ist nicht neu – und findet sich aktuell in rechten wie linken Positionen. Der erzkonservative Pfarrer und Ökonom Thomas Robert Malthus warnte schon im 18. Jahrhundert vor einer wachsenden Bevölkerung, die zu ökologischem Kollaps und sozialem Elend führen würde. Er begründete seine These mit Berechnungen zum exponentiellen Anstieg der Bevölkerung bei linearem Anstieg der Nahrungsmittelproduktion. Paul Ehrlich schlug mit seinem Buch „The population bomb“, das 1968 erschien und breit bekannt wurde, in eine ähnliche Kerbe: Steigende Bevölkerungszahlen führten ihm zufolge unweigerlich zu einer Überbeanspruchung begrenzter ökologischer Ressourcen. Der *Club of Rome* veröffentlichte 1972 die Studie „Grenzen des Wachstums“ und legte damit den Grundstein für ein ökologisches Bewusstsein in der breiten Öffentlichkeit. Daraus ergaben sich die Anfänge der Umweltbewegung. Aktuell verweist beispielsweise der liberale Journalist Alan Posener auf Bevölkerungszuwachs als Hauptursache des Klimawandels.³ Auch die britische Organisation *Population Matters*, deren bekanntester Schirmherr der beliebte Produzent von Naturdokumentationen David Attenborough ist, problematisiert den Anstieg der Bevölkerungszahlen in ökologischer Hinsicht.

Die Mär vom ‚Wir‘

Es gibt rechts und links verortete Menschen und Gruppen, die einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum auf der einen Seite und ökologischen Krisen, Umweltbelastung, Ressourcenknappheit sowie Klimakrise auf der anderen Seite annehmen. Hieraus leiten sie oftmals die Forderung nach bevölkerungspolitischen Maßnahmen ab, also nach der geplanten Steuerung des Bevölkerungswachstums, beispielsweise durch Geburtenkontrollen. Vertreter*innen solcher bevölkerungspolitischer Positionen sprechen vereinfacht von einem globalen ‚Wir‘, wenn es um die Weltbevölkerung geht. Auf konservativer und rechter Seite finden sich Beispiele dafür im Magazin *Cicero*⁴ oder in der Zeitschrift *Umwelt und Aktiv*;⁵ Beispiele von eher linken Gruppen finden sich im *Earth First Journal*⁶ oder auf dem Blog von *Extinction Rebellion*.⁷

Befürworter*innen von bevölkerungspolitischen Maßnahmen zitieren Gesamtzahlen der Weltbevölkerung und deren Wachstum über die Jahrhunderte und stellen diese als wissenschaftlich neutral dar. Die scheinbare wissenschaftliche Messbarkeit des Problems trägt zur Überzeugungskraft der Darstellung bei. Das Problem bei solchen Modellen ist jedoch, dass sie Unterschiede zwischen und innerhalb von Gesellschaften ausblenden. Sie stellen die Menschheit als Ganzes, als einheitliche Masse dar, die Ressourcen übernutzt. Dabei lassen sie soziale, wirtschaftliche und historische Unterschiede außen vor. Wie gesellschaftlicher

Reichtum oder Konsum zwischen und innerhalb von Gesellschaften verteilt ist, wird beispielsweise ausgeklammert. In anderen Worten: Der Verbrauch von lebensnotwendigen Ressourcen durch Menschen im **G** Globalen Süden wird gleichgesetzt mit Luxuskonsum, beispielsweise durch ressourcenreiches Fahren eines SUVs im **G** Globalen Norden. Sie fragen nicht, welche spezifischen gesellschaftlichen (Herrschafts)verhältnisse Einfluss auf die Nutzung von Ressourcen haben. Dabei hängt der Ressourcenverbrauch maßgeblich von Einkommen, Bildungsgrad, Herkunft und Geschlecht ab – und von der ungleichen Verteilung des Ressourcenzugangs aufgrund sozialer Verhältnisse.

Gutes Bevölkerungswachstum, schlechtes Bevölkerungswachstum?

Ein Unterschied zwischen linken und rechten Positionen ist jedoch, dass Rechte den Geburtenrückgang in Europa oder Nordamerika bei gleichzeitiger hoher Geburtenrate in Afrika, dem Nahen Osten oder Zentralasien als Problem darstellen. Beiträge in rechten Zeitschriften wie *Compact*,⁸ *Deutsche Stimme*⁹ oder *Blaue Narzisse*¹⁰ kritisieren offen rassistisch den relativen Rückgang weißer Bevölkerungsgruppen und das Wachstum nicht-weißer Bevölkerungsgruppen in Europa und anderen Teilen der Welt. Sie warnen vor einer Gefahr des Aussterbens oder der **G** ‚Umvolkung‘ weißer Bevölkerungsgruppen. Wenn in diesem Zusammenhang Bevölkerungswachstum als Gefahr für den Planeten dargestellt wird, so passiert dies zugunsten eines rassistischen Weltbilds einer einheitlichen weißen Bevölkerung auf einem begrenzten geographischen Raum (Europa oder auch USA). Im Unterschied dazu wird von linken Vertreter*innen bevölkerungspolitischer Überlegungen nicht der Rückgang weißer Bevölkerungsgruppen beklagt, sondern der Anstieg der gesamten Weltbevölkerung im Hinblick auf ökologische Folgen kritisiert. Oftmals benennen sie zwar den rassistischen Charakter der allgemeinen Debatte um Bevölkerungswachstum. Sie betonen aber, dass es dennoch wichtig sei, über die ökologischen Folgen von Bevölkerungswachstum zu sprechen.¹¹ Mit Verweis auf Geburtenraten und das Bevölkerungswachstum in bestimmten Regionen wird letztendlich trotzdem deutlich, dass das Problem insbesondere im Globalen Süden verortet und dort zum Handeln aufgefordert wird.

Von rechter wie auch linker Seite wird das Argument angeführt, dass Zuwanderung in den Globalen Norden den ökologischen Fußabdruck von Menschen erhöhe. Demnach sei es gut für die Umwelt, ‚Massenzuwanderung‘ zu beschränken.¹² Allerdings werden dabei nur bestimmte Bevölkerungsgruppen – nicht-weiße – als Bedrohung beschrieben. Solche ökologisch motivierte Überlegungen können ein Einfallstor für rassistische Abschottungsargumente sein.

Wenn auch von linken Gruppen bevölkerungspolitische Maßnahmen gefordert werden, dann verkennen diese den sexistischen und rassistischen Charakter und die koloniale Geschichte von Bevölkerungspolitik. Sie ignorieren, dass Feminist*innen bereits seit den 1970er Jahren den unterdrückenden Charakter von Bevölkerungspolitik anprangern.¹³ Es gibt aber auch viele linke Gruppen, die den Begriff und das Konzept von Bevölkerungspolitik ablehnen. In einem kritischen Beitrag in *Earth First* wird zum Beispiel genau darauf hingewiesen, dass es in bevölkerungspolitischen Ansätzen „immer eine bestimmte Bevölkerungsgruppe ist, die es zu reduzieren gilt.“¹⁴

Andere Frage: Wie viel Kapitalismus verträgt die Welt?

Eine emanzipatorische linke Perspektive auf die Diskussionen rund um Bevölkerungswachstum sollte jedoch allgemein die Frage ablehnen, ob mit zunehmendem Wohlstand steigende Bevölkerungszahlen in Ländern mit aktuell niedrigem ökologischem Fußabdruck problematisch werden könnten. Die Frage müsste vielmehr lauten, wie wir die ungleiche Verteilung von Reichtum und eine damit verbundene Lebens- und Produktionsweise vor allem im Globalen Norden, die sich durch sehr hohen und ressourcenintensiven Konsum auszeichnet, vermeiden können. Es geht aus linker Sicht nicht um die Anzahl von Menschen auf der Welt, sondern darum, wie produziert und konsumiert wird und wie materielle Güter verteilt sind. „Die Frage, wie viele Menschen trägt die Erde [...], ist zu ersetzen durch die Frage, wie viel **G** neoliberale Globalisierung, wie viel **G** patriarchale Wirtschaftsweise verträgt die Erde [...].“¹⁵

Eine mögliche Reaktion auf bevölkerungspolitische Forderungen könnte zum Beispiel die Frage sein, wer davon profitiert, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen als ‚zu viel‘ erklärt werden. Wenn Menschen als ‚zu viel‘, überflüssig, unnützlich oder Belastung dargestellt werden, entspricht das auch der Logik des kapitalistischen Systems, in dem bestimmte Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und damit zur Produktion von Reichtum für die herrschende Klasse beitragen. Eine linke, emanzipatorische Position sollte Stellung beziehen gegenüber einem kapitalistischen System, welches bestimmte Menschen als produktiv, lebens- und schützenswert, andere Menschen jedoch als überflüssig und als Bedrohung für den Planeten einstuft.

Zum Weiterlesen:

Gottschlich, Daniela/Schulz, Susanne (2019): *Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischem Revival*, in: *Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz*, 24-29.

Çağlar, Gülay/do Mar Castro Varela, Maria/Schwenken, Helen (Hg.) (2012): *Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*, Opladen/Berlin/Toronto, Barbara Buderich.

Quellen und Anmerkungen:

- ¹ AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, AK Umwelt (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen anlässlich der 2. Umweltkonferenz der AfD am 13. und 14. Juli 2019 in Dresden.
- ² Korb, Kevin B. (2019): Extinction and the Green New Deal, XR (Blog), <https://xrblog.org/2019/03/16/extinction-and-the-green-new-deal>; eigene Übersetzung, im Original: „Unfettered population and economic growth, at least on the models of both we have so far adopted, will be a disaster for our species and our environment.“
- ³ Posener, Alan (2019): Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?, Welt (Website), 23.07.2019.
- ⁴ Dießenbacher, Hartmut (2016): Geburtenkontrolle statt Grenzkontrolle, in: Cicero, 10/2016, 56-60.
- ⁵ Umwelt & Aktiv (2013): Globales Bevölkerungswachstum, Umwelt & Aktiv (Website), 28.12.2013.
- ⁶ Simmons, Skyler (ohne Datumsangabe): Does Earth First! Carry the Capacity for a Justice Based Approach to Overpopulation?, Earth First! Journal (Website), <https://earthfirstjournal.org/newswire/articles/we-are-the-00018-percent-does-earth-first-carry-the-capacity-for-a-justice-based-approach-to-overpopulation/>. Anmerkung: Earth First! ist eine Umweltschutzorganisation, die 1979 in den USA gegründet wurde und in etwa 19 Ländern aktiv ist. In Nordamerika machte sie vor allem durch den positiven Bezug auf direkte Aktionen wie Sabotage auf sich aufmerksam und wurde daher von konservativer Seite des Ökoterorismus bezichtigt. In linken Kontexten ist Earth First! umstritten, da einige Mitglieder (prominent beispielsweise Mitgründer David Foreman) sich sehr stark zu einer tiefenökologischen Ideologie bekennen, die menschenverachtende Züge trägt.
- ⁷ Siehe Endnote 2.
- ⁸ Müller-Mertens, Martin/Elsässer, Jürgen (2018): Halb Afrika will nach Europa: Die Invasion vom schwarzen Kontinent, Compact (Website), 23.08.2018.
- ⁹ Zasowk, Ronny (2019): Kein Rassismus: Die afrikanische Bevölkerungsexplosion ist ein ernstes Problem!, in: Deutsche Stimme (Website), 09.08.2019; Roßmüller, Sascha A. (2017): Bevölkerungswissenschaft: ‚Die Lage ist nicht ernst, sondern hoffnungslos!‘ Die DS im Gespräch mit Dudo Erny, Deutsche Stimme (Website), 13.04.2017.
- ¹⁰ Schumacher, Christian (2018): Öko-Fanatiker fordern: Verzichtet auf Kinder!, Blaue Narzisse (Website), 01.11.2018.
- ¹¹ Siehe Endnote 6 sowie McBay, Aric/Keith, Lierre/Jensen, Derrick (2011): Deep Green Resistance, <https://deepgreenresistance.net/en/preface/deep-green-resistance/>. Anmerkung: Dieses Buch dient der gleichnamigen Organisation Deep Green Resistance (DGR) als Grundlage. DGR ist eine vor allem in den USA, aber auch an anderen Orten aktive Organisation, die die industrielle Zivilisation zerschlagen will, um Umwelt- und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.
- ¹² Recherche Dresden (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende, Recherche Dresden (Website), 07.06.2019. Read, Rupert (2014): Love immigrants, rather than large-scale immigration, The Ecologist (Website), 19.06.2014, <https://the-ecologist.org/2014/jun/19/love-immigrants-rather-large-scale-immigration>.
- ¹³ Mit ausführlichen Beispielen siehe Gottschlich, Daniela (2019): Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischem Revival, in: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz, 24-29.
- ¹⁴ Roberts, David (2018): I'm an environmental journalist, but I never write about overpopulation. Here's why, Earth First Journal (Website), 19.05.2018, <https://earthfirstjournal.org/newswire/2018/05/19/im-an-environmental-journalist-but-i-never-write-about-overpopulation-heres-why/>; eigene Übersetzung, im Original: „It's almost always, ahem, particular populations that need reducing.“
- ¹⁵ Gottschlich, Daniela (2006): Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit, in: Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.): Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie, 45, http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/Demographischer_Wandel_AG-Frauen.pdf.

D ‚NATÜRLICHE GRENZEN‘

Es gibt immer neue Hiobsbotschaften zum ökologischen Zustand der Erde. Teilweise wird in diesem Zusammenhang gesagt, dass die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten überschritten seien. Doch was ist gemeint, wenn von ‚natürlichen Grenzen‘ gesprochen wird? Gibt es Grenzen in der Natur, die den Rahmen für menschliche Gesellschaften vorgeben?

Als im Jahr 1972 das Expert*innengremium *Club of Rome* das erste Mal öffentlichkeitswirksam von „Grenzen des Wachstums“ sprach, war eine Debatte um ‚natürliche Grenzen‘ im **G** Globalen Norden schon voll im Gange. Der *Club of Rome* vertrat die Ansicht, dass die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen des Planeten der wirtschaftlichen Entwicklung unweigerlich Grenzen setze. In den damaligen Umweltdebatten wurde häufig in Anlehnung an den britischen Ökonom Thomas Malthus argumentiert. Er sprach schon im 18. Jahrhundert davon, dass eine endliche Welt der Befriedigung von unendlichen menschlichen Bedürfnissen Schranken setze. Heute gibt es eine neue Debatte um ‚natürliche Grenzen‘. Im Angesicht der Klimakrise geht es diesmal allerdings weniger um Grenzen natürlicher Rohstoffe und stärker um die Grenzen der Belastbarkeit der Erde beispielsweise im Hinblick auf Klimawandel, Artenverlust und den Stickstoffkreislauf.

Damals wie heute wird in solchen Diskussionen davon ausgegangen, dass Grenzen ‚dort draußen in der Natur‘ existieren. Diese Grenzen drücken sich, so die Annahme, als Knappheit und Mangel aus und werden von der Menschheit als Ganzes überschritten; dies stellt eine Bedrohung für die gesamte Menschheit dar. Ein solches Verständnis von Grenzen ist anschlussfähig an rechtes Denken. Wenn Menschen in Konkurrenz um begrenzte Naturgüter und begrenzt tragfähige Ökosysteme stehen, können Bevölkerungskontrolle (**K** Bevölkerungspolitik) und die Abwehr von Flucht und Migration (**K** Klima / Flucht / Migration) sinnvoll erscheinen. Dann geht es um die Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen auf Kosten anderer; ökologische Grenzen verschmelzen mit den nationalstaatlichen.

Doch ‚natürliche Grenzen‘ sind häufig das Ergebnis gesellschaftlicher Entscheidungen. Beispielsweise lassen sich die 1,5- oder 2-Grad-Ziele der internationalen Klimapolitik nicht direkt aus der Klimaforschung ableiten, sondern sind Ergebnis politischer Aushandlungen unter ungleichen Machtverhältnissen. Auch können unterschiedliche Positionen sehr unterschiedliche Vorstellungen von Grenzen begründen: Beispielsweise ist eine Erderwärmung um 2 Grad für Industrienationen vielleicht noch zu verkraften, während sie für viele Inselstaaten der sichere Untergang wäre. Und schon die derzeitige Erderwärmung um 1 Grad bringt viele Menschen vor allem im **G** Globalen Süden an ihre Grenzen.

Eine reflektierte Auseinandersetzung mit ‚natürlichen Grenzen‘ nimmt ökologische Bedrohungen und Kippunkte im Ökosystem ernst und stellt gleichzeitig den gesellschaftlichen Charakter von Grenzen in den Vordergrund. Gesellschaften müssten in möglichst demokratischen Prozessen entscheiden, welche Grenzen sie sich selbst setzen.

LANDWIRTSCHAFT

„2016, zur Lage auf dem Land: Am Beispiel der Zulassung des Grundwasser und Menschen gefährdenden Ackergifts Glyphosat – mit dem derzeit jährlich etwa 30 Prozent unserer Ackerflächen ‚behandelt‘ werden – zeigt sich, daß den Allgemeininteressen entgegenwirkende Lobbystrukturen mehr Macht haben als ein Bevölkerungsanteil von über 90 Prozent.“¹

„Sie müssen sich ja vorstellen, wenn wir dann hier nur noch Großbetriebe haben mit 5000 Hektar, dann sind das ein paar wenige Entscheider, die über Zukunftsentwicklungen entscheiden. Die haben einen derartigen Einfluss, nicht nur in den Kommunen, sondern auf Landesebene, der ist schon katastrophal. Wenn die meinen, wir wollen grüne Gentechnik haben, dann sind die in der Lage, ein ganzes Land mit grüner Gentechnik zu überfluten.“²

Landwirtschaft ist in den letzten Jahren verstärkt ein Thema in der öffentlichen Diskussion und auch für linken politischen Aktivismus geworden. Beispielsweise findet seit 2011 jährlich in Berlin die *Wir haben es satt*-Demonstration für eine Wende in der Agrarpolitik statt. Das Thema spielt jedoch auch bei rechten Gruppen eine Rolle. Das ist insofern nicht überraschend, als Landwirtschaft enge Verbindungen mit in rechten Ideologien zentralen Konzepten wie ‚Lebensraum‘ oder ‚Heimat‘ hat. Zudem ist die ländliche Bevölkerung (zum Beispiel im Hinblick auf ihr Wahlverhalten) tendenziell konservativer. Dies legt auch nahe, dass sich Rechte mit Fragen von Landwirtschaft beschäftigen.

Dabei gibt es zwischen rechten und linken Positionen einige Schnittmengen. Das führt unter anderem dazu, dass rechte Publikationen sich teilweise positiv auf linke Positionen und Aktivitäten, wie zum Beispiel die *Wir haben es satt*-Demonstration, beziehen.³ Besonders offensichtliche Ähnlichkeiten in linken und rechten Positionen sind ein positiver Bezug auf kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft und die Kritik an einer industrialisierten, von Konzernen dominierten Landwirtschaft. Grüne Gentechnik, also landwirtschaftlich genutzte Gentechnik, lehnen linke und rechte Gruppen mehrheitlich ab. Eine Ausnahme ist hier die *Alternative für Deutschland (AfD)*, die sich für eine kontrollierte Nutzung und weitere Forschung ausspricht. Ebenso findet sich bei rechten und linken Gruppierungen die Forderung, dass Landwirt*innen Saatgut frei nutzen können sollen, sowie die Ablehnung von Massentierhaltung und **G** Landgrabbing. Auch ein positiver Bezug auf regionale Wirtschaftskreisläufe im Bereich von Ernährung und Landwirtschaft findet sich rechts wie links (**K** Globalisierung sowie **K** Wachstumskritik). Rechte wie linke Gruppen verbreiten Ideen vom Ausstieg auf dem Lande und stellen Selbstversorgung als alternatives Modell heraus.⁴

‚Heimische‘ Landwirtschaft first?

In ihren Begründungen – und teilweise auch in den Details – unterscheiden sich Positionen von links und rechts allerdings deutlich. In rechten Positionen zu Landwirtschaft finden sich beispielsweise positive Bezugnahmen auf „Entwicklung von Heimat“, „Lebensraum“ für die Deutschen oder eine „ethnokulturelle Identität“,⁵ auf die „deutschen Bauern“⁶ oder auf „Versorgungssouveränität“.⁷ Letzteres meint, dass Deutschland sich unabhängig vom Ausland selber mit Nahrungsmitteln versorgen können soll. Rechte Gruppierungen kritisieren teilweise nicht nur allgemein die Rolle von Konzernen in der Landwirtschaft, sondern leh-

nen auch speziell ‚ortsfremde‘ Investoren ab. Sie betonen außerdem den Wert speziell von „heimische[n] Kulturpflanzen“⁸ (I) ‚invasive‘ Arten). Begriffe dieser Art finden sich bei linken Gruppen deutlich weniger bis gar nicht.

Auch die Vorstellungen dazu, wer kleinbäuerliche Landwirtschaft betreiben soll, unterscheiden sich zwischen links und rechts: Bei rechten Gruppen gibt es Vorstellungen von generationsübergreifenden, familiären – und wohl auch deutschen – Gemeinschaften, die ‚im Einklang mit der Natur‘ arbeiten. Beispiele sind völkische Siedler*innenbewegungen, die sich in ländlichen Regionen Deutschlands niederlassen, um dort abgeschottet Höfe zu betreiben und ihre rassistische Ideologie auszuleben,⁹ oder die esoterische und rechte *Anastasia-Bewegung*.¹⁰ In linken Positionen findet sich keine vergleichbare Beschränkung auf bestimmte Personengruppen, wenn es um kleinbäuerliche Landwirtschaft geht.

Agrarfragen als Gerechtigkeitsfragen

Linke Gruppen thematisieren demgegenüber häufig ungerechte Strukturen im globalen Agrarhandel, die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf Ernährungssouveränität¹¹ an anderer Orten der Welt oder die Ausbeutung migrantischer Arbeiter*innen in der landwirtschaftlichen Produktion. Sie fordern zudem globale Klimagerechtigkeit. Rechte Gruppen stellen dagegen nur selten Bezüge zu globalen Fragen her, wenn es um landwirtschaftliche Themen geht. Wenn sie dies tun, dann vor allem um die negativen globalen Folgen der Agrarpolitik für Menschen in den Ländern des G) Globalen Südens als Fluchtursache und somit als vermeintliche Gefahr für den Wohlstand im G) Globalen Norden zu kritisieren (K) Klima / Flucht / Migration).¹²

Grundsätzlich gibt es einige Schnittmengen zwischen rechten und linken Positionen zu Landwirtschaft. Ob eine Position zu Landwirtschaft von rechts oder links vertreten wird, lässt sich in erster Linie an der verwendeten Sprache sowie bestimmten Begründungsmustern erkennen. Bei den eigentlichen Forderungen sind sich Linke und Rechte dagegen häufig einig. Linke Gruppen sollten ihre Positionen daher immer in einen größeren Zusammenhang einordnen und gut begründen – insbesondere Fragen globaler Gerechtigkeit thematisieren rechte Gruppen nämlich nicht.

Quellen und Anmerkungen:

- 1 Beileites, Michael (2016): Land-Wende – Zehn Thesen zur Zukunft der ländlichen Welt, in: Sezession, 74, 38-41.
- 2 Jörg Gerke, Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), zitiert in: Knige, Almuth (2014): Landgrabbing – Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft, in: Deutschlandfunk, 17.01.2014, https://www.deutschlandfunk.de/landgrabbing-ausverkauf-der-ostdeutschen-landwirtschaft.724.de.html?dram:article_id=274916.
- 3 Meerheym, Moritz (2018): Perspektiven einer ganzheitlichen Agrarwende, Gegenstrom (Blog), 12.3.2018.
- 4 Keil, Gerhard (2016): Systemalternativen leben!, Umwelt & Aktiv (Website), 19.09.2016.
- 5 Alle Zitate siehe Endnote 3.
- 6 Rössler, Hermann (2019): Wir sind eure Bauern, ihr Hauptstädter!, Junge Freiheit (Website), 26.11.2019.
- 7 Siehe Endnote 1.
- 8 NPD-Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2013, Abschnitt Landwirtschaft und Naturschutz.

- 9 Amadeu Antonio Stiftung (2014): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/voelkische-siedler-innen-im-laendlichen-raum/>.
- 10 Hellwig, Marius (2019): Söhne und Töchter der Taiga. Zur völkisch-esoterischen Anastasia-Bewegung, in: FARN: Love Nature. Not Fascism. Demokratischen Umwelt- und Naturschutz gestalten, 10-12.
- 11 Der Begriff Ernährungssouveränität wird von vielen emanzipatorischen ernährungspolitischen Gruppen genutzt. Er umfasst das Recht auf gute und gesunde Nahrung, betont dabei aber im Vergleich zum gängigen Begriff Ernährungssicherheit, dass die Versorgung mit und die Produktion von Nahrungsmitteln selbstbestimmt erfolgen soll. Er stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren ins Zentrum und versucht, die Macht von transnationalen Konzernen und globalen Nahrungsmittelmärkten zurückzudrängen.
- 12 Keil, Gerhard (2016): Weniger Palmöl für mehr Regenwald!, Umwelt & Aktiv (Website), 07.07.2016.

I) ‚INVASIVE ARTEN‘

Im Zusammenhang mit Globalisierung wird häufig von der Ausbreitung ‚invasiver Arten‘ in Folge von zunehmendem weltweitem Handel, Transport und Verkehr gesprochen. Im Zusammenhang mit Naturschutz geht es dabei auch um ‚gebietsfremde Arten‘, sogenannte Neobiota. Damit sind Tier- und Pflanzenarten gemeint, die sich in Gebieten niederlassen und ausweiten, in denen sie vorher nicht heimisch waren. Dabei gibt es keine einheitliche Definition, wann solche Arten als ‚invasiv‘, also Eindringlinge, gelten. Weitgehende Einigkeit besteht hingegen darüber, dass es ‚einheimische‘ gegenüber ‚gebietsfremden‘ Arten zu schützen gilt. Unabhängig von der Frage, ob entsprechende Maßnahmen sinnvoll sind, bilden solche Sprachbilder ein gefährliches Einfallstor für rechte Denkweisen. So bemühen Rechte in der Debatte um Flucht und Migration ganz ähnliche Begrifflichkeiten (K) Klima / Flucht / Migration). Ihnen zufolge gilt es, durch Kontrollmaßnahmen das ‚deutsche Volk‘ gegen die ‚invasiven Einwanderer‘ zu schützen. Die befürchtete Gefährdung der ‚deutschen Natur‘ durch ‚invasive Arten‘ kann außerdem als allgemeines Argument gegen Globalisierung genutzt werden und Politiken der Ausgrenzung und Abschottung legitimieren. Bei der Verwendung entsprechender Begrifflichkeiten – auch in Diskussionen, die sich vermeintlich nur um Naturschutz drehen – ist also Vorsicht geboten.

Zum Weiterlesen:

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2019): Neobiota, in: Dies.: Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen: Ein Leitfaden, 15-16, https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf.



UMWELT UND ENTWICKLUNG

„In den indigenen Gemeinden geht es darum, das Land gut zu führen, die Gemeinschaft zu stärken, die Familie. Dabei geht es nicht in erster Linie um die wirtschaftlichen Aspekte, Geld und Geschäft, sondern für uns ist das buen vivir die Frage nach einem guten Lebensstil in Harmonie mit der Natur und einem Leben in Respekt vor den Anderen, nicht nur den Menschen, sondern mit der Umwelt, den Tieren, die eine Einheit mit uns bilden.“¹

„Die Stadt wird als unsittlich, anonym, entfremdet und parasitär angesehen. Gegenentwurf bleibt die überschaubare agrarische Welt der Dörfer und Kleinstädte mit gewachsenen Kulturlandschaften. Es gilt zudem, ländliche Sitten, Gebräuche, Feste, Trachten und überlieferte Bauweise genauso zu erhalten wie die einheimische Tier- und Pflanzenwelt. Entsprechend wendet man sich gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und Fischerei, maßlose Wasserkraftwerke, Windparks, Talsperren und Bergbau.“²

Lange Zeit kam Kritik an der Entwicklungspolitik ausschließlich von links. Entwicklungspolitik trage  neokoloniale Züge. Sie gehe die Ursachen von Armut, Hunger und Umweltzerstörung selten an und verschärfe stattdessen häufig Probleme und Abhängigkeiten. Dies geschehe beispielsweise, wenn Entwicklungsprojekte den Zugang von Kleinbäuer*innen zu traditionellem Saatgut einschränken. Andere Beispiele sind durch die Weltbank finanzierte Staudämme, Bergbauvorhaben und Kohlekraftwerke, die die Umwelt schädigen, die Luft verschmutzen und lokale Gemeinschaften verdrängen. Viele Menschen fliehen infolge einer Entwicklungspolitik, die ihre Lebensgrundlagen zerstört. Denn diese Entwicklungspolitik hat selbst Enteignungen, Umweltzerstörung und eine Verschärfung der Klimakrise zur Folge.

Die radikal linke Kritik an der Entwicklungspolitik fordert, Alternativen zur Entwicklung (englisch: Post-Development) voranzutreiben. Die Idee hinter Post-Development ist, sich vom westlichen Entwicklungsgedanken zu verabschieden und den globalen Kapitalismus zurückzudrängen. Gemeinschaften im  Globalen Süden soll es möglich sein, sich selbstbestimmt zu entwickeln. Dadurch sollen neue Möglichkeiten für dezentrale, selbstbestimmte und ökologisch nachhaltige Formen solidarischen Lebens und Wirtschaftens geschaffen werden, die sich in erster Linie auf traditionelle, kleinbäuerliche und indigene Erfahrungen und Kenntnisse stützen. Alternative Wirtschafts- und Lebensformen dieser Art finden sich zum Beispiel im lateinamerikanischen Buen Vivir, im afrikanischen Ubuntu und im indischen Swaraj. Sie ermöglichen eine selbstbestimmte Entwicklung jenseits von Kapitalismus,  Imperialismus und Kolonialismus.

Entwicklungskritik von rechts

In jüngerer Zeit üben neben Linken auch Rechte Kritik an Entwicklungspolitik und diskutieren Alternativen. Im Mittelpunkt rechter Kritik steht jedoch nicht, dass Entwicklungspolitik Lebensgrundlagen im Globalen Süden zerstört, um die  imperiale Lebensweise des  Globalen Nordens aufrechtzuerhalten. Stattdessen prangern rechte Gruppierungen an, dass die Entwicklungspolitik darin versage, Flucht und Migration nach Europa zu verhindern. In einem Artikel auf dem Blog der Initiative *Ein Prozent* mit dem Titel „Entwicklungshilfe: Viel Geld, keine Wirkung“ heißt es: „Sowohl links wie rechts äußern Wissenschaftler und

Philosophen zunehmend Kritik an der vermeintlich alternativlosen ‚Entwicklungspolitik‘, die von beiden Seiten als Verbreitung des westlich-kapitalistischen Wirtschaftsmodells angefeindet wird. Damit einher gehen Traditionsverlust, Auflösung stabiler Gemeinschaften, Verelendung, Landflucht, kurz: die Zerstörung der tradierten Lebenswelt. Am Ende stehen Perspektivlosigkeit und Migration.“³

Rechte Gruppen ziehen aus dieser Kritik unterschiedliche Schlussfolgerungen. Die ‚alte‘ Rechte lehnt jegliche Einmischung in andere Länder ab. Sie erachtet diese als Zeit- und Ressourcenverschwendung für als ‚minderwertig‘ erachtete ‚ethnische Gruppen‘. Demgegenüber wird in neueren rechten Positionen gefordert, dass Fluchtursachen im Globalen Süden bekämpft werden. Damit sollen Migration nach Europa und die ‚Durchmischung‘ von vermeintlich einheitlichen Kulturen verhindert werden. Laut der rechten Verschwörungstheorie des **G** ‚großen Bevölkerungsaustauschs‘ treiben ‚einflussreiche Kräfte‘ diese gezielt voran (**I** Verschwörungstheorien). Neuere rechte Ansätze beinhalten die Idee einer **G** ‚ethno-pluralistischen‘ Entwicklungspolitik und Vereinnahmungen und verdrehen dabei linke Ansätze. Ähnlich zu linken Positionen argumentieren sie dafür, kulturelle Traditionen und das Wissen sowie die natürlichen Lebensgrundlagen bedrohter Bevölkerungsgruppen zu schützen. Sie tun dies allerdings mit einer **G** ‚rassentheoretischen‘ und rassistischen Begründung. Diese geht davon aus, dass es einheitliche und kulturell klar voneinander abgrenzbare ‚Völker‘ gibt. ‚Heimat‘ ist in diesem Zusammenhang ein beliebtes Schlagwort. Dabei wird aber stets klargemacht, wer wohin gehört: „Flüchtlinge haben [...] ein Recht auf die Heimat - und zwar auf ihre eigene.“⁴

Rechte Entwicklungshelfer

Die *Identitäre Bewegung (IB)* fordert „Hilfe vor Ort“ und spricht von „eine[r] Welt, in der jeder Mensch gern in seiner Heimat lebt. (...) Die Einwanderung zerstört Europa, und die Auswanderung zerstört Afrika. Unterstützen wir daher die regionale Aufbauarbeit jener Länder, die durch Krieg und Armut geprägt sind, und schaffen wir somit Bleibeoptionen und Entfaltungsmöglichkeiten für die Menschen in ihrer eigenen Heimat.“⁵ Die *Alternative Help Association (AHA)*, gegründet von der *IB*, will ganz konkret im Libanon und Syrien „Unterstützung zur Existenzhaltung unter Beachtung der lokalen Traditionen und Lebensweisen leisten.“⁶ Das wichtigste Ziel der *AHA* ist, Migration nach Europa zu verhindern: „Wer es mit der Flüchtlingshilfe ernst meint, hilft vor Ort“⁷ (**K** Klima / Flucht / Migration). Die satirische Online-Show *Bohemian Browser Ballet* spitzt dies in ihrem Beitrag „Rassisten ohne Grenzen“ zu: „Ausländer [zu] bekämpfen [und zwar] dort, wo sie entstehen.“⁸ Initiativen wie die *AHA* knüpfen an rechte und konservative Rhetorik in der Entwicklungsdebatte an. Dabei geht es häufig darum, „Migrationsströme umzukehren“ und den „Massenexodus nach Europa zu stoppen.“⁹ Im Regierungsprogramm der konservativen *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)* und der rechten *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* klingt das dann so: „Entwicklungszusammenarbeit ist [...] auch ein Instrument zur Förderung eines wohl verstandenen Eigeninteresses Österreichs mit dem Ziel, insbesondere Migrationsströme zu verhindern.“¹⁰

Einige rechte Gruppen versuchen, Kämpfe im Globalen Süden, die sich gegen westliche Entwicklungsmodelle richten und Beispiele von Post-Development-Ansätzen sind, für sich zu vereinnahmen. Ein Artikel in der rechten Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* würdigt beispielsweise **G** ökosozialistische Strömungen auf dem afrikanischen Kontinent um Thomas Sankara und Julius Nyerere als „nationalistische Ideologien mit ökologischer Säule“. Der bolivianische Sozialismus von Evo Morales knüpfe an „indianisch-nationalistische Wurzeln“ an. Und indigene Kämpfe im Nigerdelta und in den Amerikas werden als „authentisch [sic] identitär-ökologische Bewegungen“ beschrieben. Diese „kämpfen tatsächlich auf der Grundlage von ‚Blut und Boden‘ – hier geht es schließlich um das vollklich-kulturelle Überleben.“¹¹

Entwicklungskritik nicht vereinnahmen lassen

Diese Vereinnahmungsversuche machen deutlich, wie wichtig es ist, in der Debatte um Alternativen zum vorherrschenden Entwicklungsmodell nicht in die Falle eines romantisierenden Zurück-zu-den-Wurzeln zu tappen. Dies geschieht, wenn Linke beispielsweise in Bezug auf das indigene *Buen Vivir*-Vorstellungen von idyllischen, vormodernen und harmonischen Dorfgemeinschaften verbreiten. Sie verklären damit traditionelle Lebensweisen und blenden Herrschaftsverhältnisse innerhalb lokaler Gemeinschaften aus. Der Globale Süden muss dabei unter Umständen als Projektionsfläche für die eigenen revolutionären Sehnsüchte erhalten. Kultur und Identität als einheitlich, harmonisch und unveränderbar anzusehen, bietet überdies Anknüpfungspunkte für rechte Vereinnahmungen. Statt sogenannte ursprüngliche Lebensweisen zu verklären, sollte immer der emanzipatorische und demokratische Gehalt von Alternativen zu Entwicklung im Vordergrund stehen. Dabei können gelebte Alternativen zu Entwicklung im solidarisch-kritischen Austausch mit sozialen Bewegungen weltweit reflektiert und weiterentwickelt werden. Eine der zentralen Fragen, die linke von rechten Alternativen zu Entwicklung unterscheidet, lautet: Werden Herrschaftsverhältnisse, Ungleichheiten und Diskriminierungen benannt und in Frage gestellt – oder werden sie fortgeschrieben und gefestigt?

Quellen:

- 1 Braßel, Frank (2011): Das gute Leben in Verfassung und Politik. Interview mit Humberto Chalango, Vorsitzender des ecuadorianischen Indigena-Dachverbands CONAIE, in: *ila* 348, September 2011, 7-8.
- 2 Schwarzenberger, Dominik (2017): Zum Zusammenhang von Identität und Ökologie. Identitär-ökologisches Panorama der Kontinente, in: *Umwelt & Aktiv*, 1/2017, 16-19.
- 3 Ein Prozent-Blog (2018): Entwicklungshilfe: Viel Geld, keine Wirkung, 08.08.2018.
- 4 Steinbach, Erika (2015): Fluchtursachen vor Ort bekämpfen, ehrliche Fakten zur Grundlage von Berichterstattung und der Nothilfe machen, Blogbeitrag auf der Website des CDU-Kreisverbands Frankfurt am Main.
- 5 Identitäre Bewegung Deutschland (Website).
- 6 Siehe Endnote 3.
- 7 AHA Europe (2018): „Wer es mit der #Flüchtlingshilfe ernst meint, hilft vor Ort!“, Tweet vom 10.05.2018, 02:34 Uhr.
- 8 *Bohemian Browser Ballett* (2017): Rassisten ohne Grenzen, <https://youtu.be/tUZgXOBETXc>.
- 9 AHA Europe (ohne Datum): Über uns (Website).
- 10 ÖVP & FPÖ (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022.
- 11 Siehe Endnote 2.

GLOBALISIERUNGS- KRITIK

„Die etablierten Parteien haben durch ihren Freihandelsextremismus staatliche Steuerungsmöglichkeiten immer weiter abgebaut. Unternehmen, die in Südostasien die Umwelt nach Belieben zerstören dürfen, sehen keinen Sinn darin, in Deutschland teure Umweltschutzmaßnahmen zu treffen, wenn sie ihre südostasiatischen Produkte problemlos nach Deutschland einführen und dort verkaufen können. Ähnliches gilt für Qualität und Sicherheit am Arbeitsplatz und Leistungen an Arbeitslosen-, Renten und Krankenversicherung.“¹

„Umweltstandards sind in der Sprache der Ökonomen zu Handelshemmnissen verkommen. Umweltgüter wie Wasser werden privatisiert und zur Ware gemacht. Umweltgerechtigkeit zwischen Nord und Süd, die große Hoffnung des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio, wird zugunsten der Interessen multinationaler Konzerne zurückgestellt. Was die Länder des Südens an Umweltgütern besitzen, sollen sie möglichst billig den Multis überlassen, für die die Märkte bedingungslos geöffnet werden sollen. Lokal nachhaltige Lebensweisen und einzigartige Ökosysteme müssen dafür weichen.“²

In der globalisierungskritischen Bewegung finden sich viele unterschiedliche politische Gruppierungen und ideologische Strömungen. Auch rechte Parteien und Organisationen wie die *Alternative für Deutschland (AfD)*, die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* oder die *Identitäre Bewegung (IB)* sind gegen Globalisierung. Solche rechten Gruppen verbinden mit Globalisierung vieles von dem, was sie grundsätzlich ablehnen – vom Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Grenzen bis hin zur Wachstums- und Profitlogik kapitalistischen Wirtschaftens. Es ist daher kaum verwunderlich, dass Rechte regelmäßig bei Demonstrationen gegen Freihandelsabkommen oder Gipfelprotesten auftauchen. Solche Versuche von rechts, an die globalisierungskritische Bewegung anzudocken, machen es umso wichtiger, sich inhaltlich klar gegen Annäherungsversuche und Vereinnahmungen von rechts abzugrenzen.

Überschneidungen linker und rechter Globalisierungskritik

Wenn linke Kritiker*innen von Globalisierung sprechen ist meist **G** neoliberale Globalisierung gemeint, verstanden als Entwicklungen, die zwar Wohlstand für manche vermehren, dabei aber soziale Ungleichheiten schaffen oder verschärfen. Zudem gehen diese Prozesse mit negativen Umwelt- und Klimafolgen einher, etwa weil mehr Waren transportiert werden und der Ressourcenverbrauch, vor allem der Mittel- und Oberschichten des **G** Globalen Nordens, steigt.³ Mit Blick auf Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA steht auch in der Kritik, wie Globalisierungsprozesse Sozial- und Umweltstandards aushebeln und multinationale Konzerne immer mächtiger und unkontrollierbarer werden.⁴

Auch rechte Gruppen thematisieren einige dieser Aspekte. So heißt es in einem Artikel auf der rechten Internetplattform *Gegenstrom* zum geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern, „die Realisierung dieser ‚weltweit größten Freihandelszone‘ dürfte umweltschädlichen Produktionsweisen und der Ausbeutung und Entwertung von Menschen zukünftig noch weiter Vorschub leisten.“⁵ In einem Demo-Aufruf kritisieren die *Jungen Nationalisten*, die Jugendorganisation der *NPD*, jene Unternehmen, die „in Südostasien die Umwelt nach Belieben zerstören dürfen“, anstatt „in Deutschland teure Umweltschutzmaßnahmen zu treffen.“⁶ Meist ist es ein befürchteter Wohlstandverlust

für den ‚einfachen Bürger‘ in Deutschland, den rechte Gruppen gegen die Globalisierung in Anschlag bringen. Aber sie kritisieren auch Umweltzerstörung und soziale Verwerfungen anderswo, wie die Zerstörung des Regenwaldes in Brasilien und Ausbeutung durch multinationale Konzerne.

Die Forderung, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, ist ein wichtiges Element linker Globalisierungskritik. Sie läuft besonders dann Gefahr, Anknüpfungspunkte nach rechts zu liefern, wenn sie mit einem positivem Bezug auf Begriffe wie ‚Heimat‘ und ‚Tradition‘ einhergeht oder wenn sie verklärend zum Beispiel auf ‚bodenständige‘ kleinbäuerliche oder traditionelle Produktions- und Lebensweise Bezug nimmt (K Wachstumskritik). Wenn Globalisierungskritik einseitig Finanzmärkte als hauptsächliche Triebkräfte neoliberaler Globalisierung in den Blick nimmt, schafft dies Anknüpfungspunkte für antisemitisches und verschwörungstheoretisches Denken (D Antisemitismus, D Verschwörungstheorien).

Think local, act local:

Abschottung und Regionalisierung als Merkmale rechter Globalisierungskritik

Trotz solcher Überschneidungen gibt es Merkmale rechter Globalisierungskritik, die sich in linken Positionen nicht finden. So zeichnet sich rechte Globalisierungskritik dadurch aus, dass sie von gegebenen und unveränderbaren Kollektiven wie ‚die Nation‘, ‚das Volk‘ oder der ‚abendländischen Kultur‘ ausgeht. Rechte Gruppen verbreiten die Vorstellung, diese Kollektive seien ‚gewachsene‘ und ‚organische‘ Einheiten, die mit ihrer ‚natürlichen‘ Umgebung eng verbunden seien (K Naturverständnis). Ein Kerngedanke rechter Positionen ist dabei die Annahme, dass Globalisierung diese Einheiten durch ‚Masseneinwanderung‘, ‚Multikulturalismus‘ oder G ‚Umvolkung‘ untergrabe.

Rechte Gruppen rechtfertigen Globalisierungskritik daher häufig mit Verweis auf ‚die Natur‘. So heißt es in einem Text auf der Webseite der neonazistischen Partei *Der Dritte Weg*, Globalisierung erzeuge „ein größtmögliches Maß an Einfalt“, die Natur sei dagegen „kleinräumig und vielfältig organisiert“. ⁷ Auch Martin Sellner von der *Identitären Bewegung* Österreich schreibt: „Die Multikultis wollen alles vereinheitlichen, vermischen, planieren, auf einen Nenner und zum Stillstand bringen – damit stellen sie sich gegen den gesamten Lebensdrang der Natur.“ ⁸ Aus diesem Verständnis heraus lehnt Sellner internationale Bestrebungen nach Umweltschutz ab. Vor allem nationale oder regionale Identität zu stärken, schaffe ihm zufolge Umweltbewusstsein und damit die Bedingungen für erfolgreichen Umweltschutz.

Als Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung schlagen rechte Gruppen eine G ‚raumorientierte Volkswirtschaft‘ vor. Dieses Konzept verknüpft Forderungen nach wirtschaftlicher Eigenständigkeit mit fortschritts- und modernisierungsfeindlichen Annahmen (K Wachstumskritik). In Form des G ‚Bioregionalismus‘ hat ein ähnlicher Ansatz auch außerhalb Deutschlands Eingang in die globalisierungskritische Bewegung gefunden. Er findet sich etwa bei der in den USA angesiedelten *Stiftung für Tiefenökologie*, die an der Organisation der Weltsozialforen, großer internationaler Treffen linker Gruppen, beteiligt war. Sie nimmt

an, dass Menschengruppen aus biologischen Gründen zu bestimmten geographischen Regionen bzw. Ökosystemen gehören. Globalisierungsprozesse untergraben diese Zugehörigkeit. ⁹

Wie kann eine vereinnahmungsfeste Globalisierungskritik aussehen?

Im Positionspapier „Globale soziale Rechte statt nationale Lösungen“ weist das linke globalisierungskritische Netzwerk *Attac* Vorwürfe entschieden zurück, es wolle letztlich das Gleiche wie rechte Globalisierungskritik*innen. ¹⁰ *Attac* trete keineswegs für ein Zurück zu einem starken Nationalstaat ein oder unterstütze uneingeschränkt, dass einzelne Staaten ihre Märkte abschotten. Auch dem Bündnis *Netzwerk Gerechter Welthandel* geht es nicht um die Abschottung von ‚heimischen Wirtschaften‘, sondern darum, nachhaltige, demokratische und faire Bedingungen für den Welthandel zu schaffen, die insbesondere die Bedürfnisse von Ländern des Globalen Südens berücksichtigen. ¹¹ Eine linke Globalisierungskritik muss demnach globale Zusammenhänge und Machtungleichgewichte benennen sowie nach gemeinsam erarbeiteten Lösungen für alle suchen. Dabei verweist auch linke Kritik zu Recht auf die Unzulänglichkeiten der bestehenden internationalen Handels-, Klima- und Umweltpolitik und pocht darauf, dass diese soziale Bewegungen und Basisgruppen stärker einbinden.

Während rechte Globalisierungskritik mit ausgrenzenden und vereinfachenden Unterscheidungen arbeitet, muss eine linke Position verschiedene gesellschaftliche Machtstrukturen im Blick behalten. Feministische Perspektiven auf Globalisierung haben zum Beispiel hervorgehoben, dass gesellschaftliche Strukturen wie G patriarchale Geschlechterverhältnisse, Rassismus oder Klassenzugehörigkeit entscheidend dafür sind, wer von Globalisierung profitiert und darunter leidet. ¹² Einfache Gegenüberstellungen wie ‚arm und reich‘ oder ‚globales Kapital und einfache Globalisierungsverlierer‘ greifen zu kurz. Sie riskieren, von rechts geschürte Feindseligkeiten zu verstärken. Schließlich muss eine linke Globalisierungskritik vermeiden, auf G essenzialisierende Vorstellungen von bestimmten, einheitlichen Menschengruppen (z. B. ‚Volk‘) zurückzugreifen. Das Gleiche gilt für romantisierende Vorstellungen von bestimmten Lebensweisen („Zurück zur Natur!“) als Gegenentwürfe zur neoliberalen Globalisierung.

Quellen:

- ¹ Zasowk, Ronny (2017): Globalisierungskritik ist nicht links, sondern national!, NPJ (Website).
- ² Engelhardt Marc/Steigenberger, Markus (2003), *Attac Basis Texte 08: Umwelt: verhandelt und verkauft?*, Hamburg, VSA.
- ³ Engelhardt, Marc/Khor, Martin (2005): *Konsum, Globalisierung, Umwelt: das Buch zum zweiten Kongress von Attac* (in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie), Hamburg, VSA.
- ⁴ *Attac* (2018): *Aktiv gegen neoliberale Handelsabkommen*, <https://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/aktiv-gegen-neoliberale-handelsabkommen/>.
- ⁵ Meerheym, Moritz (ohne Datum): *Globale Aufforstungen gegen die „Klimakatastrophe“?*, Gegenstrom (Blog).
- ⁶ Projektwerkstatt (ohne Datumsangabe): *Querfront Nazis, Bürgerliche und Linke gegen Globalisierung*, Dokumentation eines Demo-Aufrufs der Jungen Nationalisten, Projektwerkstatt (Website).
- ⁷ Dieke, Tom (2018): *Die Wirtschaftsethik in der raumorientierten Volkswirtschaft – Warum die Wirtschaft dezentral und regional organisiert werden muss*, *Der Dritte Weg* (Website).
- ⁸ Sellner, Martin (ohne Datumsangabe): *Vlog20: Umweltschutz ist identitär*, YouTube Video.
- ⁹ Bierl, Peter (2014): *Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts*, Münster, Unrast, 71-72.

- ¹⁰ Attac (2012): Erklärung des Attac Rates zur Abgrenzung gegen rechte Globalisierungskritik: Globale soziale Rechte – statt nationaler Lösungen, https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Globale-soziale-Rechte_Erklaerung-Rat_1210.pdf.
- ¹¹ Netzwerk gerechter Welthandel (2017): Positionspapier zur Gründung des Netzwerks Gerechter Welthandel, <http://www.gerechter-welthandel.org/ueber-uns/>.
- ¹² Young, Brigitte (2002): Statement zu „Globalisierung und Gender“, in: Globalisierung – Verheißung oder Katastrophe: Podiumsdiskussion & Open Space: Dokumentation der Tagung am 15./16. November 2002 im Eine-Welt-Haus München, München, Petra-Kelly-Stiftung, 5-6.

▶ ANTISEMITISMUS

In Debatten um Kapitalismus, Globalisierung, (Post-)Wachstum oder die Klimakrise finden sich immer wieder Bilder, Begriffe und Argumentationsmuster, die in der Vergangenheit antisemitisch aufgeladen waren. Oft geht es dabei um Meinungen, die nicht gezielt oder offen(sichtlich) antisemitisch sind, die aber trotzdem eine gefährliche Nähe zum **G** modernen Antisemitismus aufweisen. Dieser beschreibt Jüd*innen als machtvolle Gruppe und macht sie für die negativen Erscheinungen des Kapitalismus verantwortlich. Diese Zuschreibung gründet sich auf der im 19. Jahrhundert aufkommenden Gegenüberstellung von (gutem, deutschem) ‚schaffendem‘ Industriekapital und (schlechtem, jüdischem) ‚raffendem‘ Finanzkapital. Diese Unterscheidung war auch ein wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie. Heute äußert sich dieses Deutungsmuster vor allem in der Kritik an Zinsen, einer vermeintlichen ‚Macht der Finanzmärkte‘ oder ‚Macht des Spekulativkapitals‘, die zu Ursachen aller wirtschaftlichen Ungerechtigkeit erklärt werden. Dabei wird nicht das wirtschaftliche System im Ganzen kritisiert. Stattdessen wird einer vermeintlich mächtigen kleinen Personengruppe (beispielsweise ‚Börsenspekulanten‘ oder ‚Banksters‘) die Schuld an gesellschaftlichen Missständen gegeben. Solche Argumentationsmuster sind anschlussfähig für rechte **D** Verschwörungstheorien.

Zum Weiterlesen:

Ensinger, Tami (2013): *Kapitalismuskritik und Antisemitismus*. In: *Bildungsstätte Anne Frank (Hg.): Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt/Main, 54-55.*

Hauri, Thomas (2004): *Der neue Antisemitismusstreit in der deutschen Linken*. In: *Rabinovici, Doron/ Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, Suhrkamp, 143-167.*



WACHSTUMS- KRITIK

KAPITALISMUS
TÖTET
NORMEN
ZERSTÖRET

„Ich meine, dass wir Mitte des 21. Jahrhunderts an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten gelangt sein werden. [...] Wir müssen überlegen, wie eine Postwachstumsökonomie aussieht. [...] Wir müssen eine Art von Wirtschaft entwickeln, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt, und das geht nur, wenn wir diese Art von Kapitalismus überwinden.“¹

„Wir sehen den Zwang zu permanentem Wirtschaftswachstum in den heutigen Ökonomien als veraltetes Dogma, beleuchten seine unhaltbaren Versprechungen sowie seine zerstörerische Wirkung auf Menschen und Umwelt. Wir zeigen Perspektiven jenseits des Wachstums auf, um gemeinsam mit anderen emanzipatorischen Kräften eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Unser Ziel ist eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie der Übergang zu einer Postwachstums-Ökonomie gelingen kann.“²

Wachstumskritik ist weit verbreitet. Die verschiedenen Ansätze eint die Kritik an den ökologischen Folgen von ungebremstem Wirtschaftswachstum, meist gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Gleichzeitig unterscheiden sich Positionen von links und rechts in der Analyse von Ursachen sowie Handlungsvorschlägen. Die Vertreter*innen von Wachstumskritik oder Degrowth in der deutschsprachigen Debatte verstehen sich mehrheitlich als links. Trotzdem bleibt die wachstumskritische Bewegung anschlussfähig für rechte und **G** völkische Gruppen.

Wie wird Wachstumskritik begründet?

Sowohl rechte als auch linke Gruppen begründen ihre Wachstumskritik damit, dass ständiges Wirtschaftswachstum die ökologischen Grenzen (**D** ‚natürliche Grenzen‘) des Planeten übersteige. Gleichzeitig findet sich in nahezu allen wachstumskritischen Positionen Kritik an grünen Wachstumsstrategien, welche die negativen ökologischen Folgen von ständigem Wirtschaftswachstum lediglich durch neue technologische Lösungen überwinden wollen.

Rechten Gruppen führen vor allem zwei Gründe für den beobachteten Wachstumszwang und die Übernutzung natürlicher Ressourcen an: Zum einen wird das rassistische Argument der ‚Überbevölkerung‘ (**K** Bevölkerungspolitik) bemüht.³ Zum anderen basiert rechte Wachstumskritik häufig auf einer Kritik am Zinssystem. Rechte Wachstumskritiker*innen bemängeln nicht, dass der Kapitalismus an sich einen Zwang zum „immer mehr“ in sich trägt. Vielmehr kritisieren sie das Zins- und Geldsystem. Eine solche Zinskritik knüpft an eine lange Tradition antisemitisch aufgeladener Argumentation an (**D** Antisemitismus).⁴ In ausdrücklich linken wachstumskritischen Kreisen findet solche platte Zinskritik wenig Widerhall. Jedoch folgt beispielsweise auch Niko Paech, vielzitatierter Vordenker der deutschen Postwachstumsbewegung, dieser Zinskritik. Er bezieht sich zum Teil auf Ansätze des Finanztheoretikers Silvio Gesell. Dieser wurde auch zur Zeit des Nationalsozialismus stark rezipiert und wird häufig mit **G** Sozialdarwinismus und auch Antisemitismus in Verbindung gebracht.⁵ Auch linke Wachstumskritiker*innen verweisen immer wieder auf Paech, ohne dass seine Zinskritik problematisiert und eingeordnet wird.

Außerdem wählen auch einige fortschrittliche wachstumskritische Akteure unglückliche Formulierungen, die Anknüpfungspunkte für rechte verschwörungstheoretische (**D** Ver-

schwörungstheorien) oder antisemitische Gedanken bieten können. Sätze wie „Einige hingegen macht die Wachstumsmaschine immer reicher. Sie wollen, dass es immer so weiter geht.“⁶ könnten anschlussfähig sein für rechte Argumentationen, welche die Verantwortung für die Folgen des kapitalistischen Systems einigen wenigen Sündenböcken zuschreiben, deren Macht es zu brechen gelte, um das wachstumszentrierte System zu überwinden.

Alternativen zur Wachstumsgesellschaft

Als Alternative zur globalisierten (K) Globalisierungskritik Wachstumsgesellschaft fordern rechte Gruppen die „Schaffung von regionalen Produktions- und Lieferketten“⁷ und eine (G) „raumorientierte Volkswirtschaft“.⁸ Solche Forderungen nach Regionalisierung weisen unter dem Deckmantel ökologischer Nachhaltigkeit nationalistische Züge auf; sie wollen die ‚heimische Wirtschaft‘ schützen. In rechten Debatten steht hinter dem Wunsch nach Regionalisierung häufig eine völkische, (G) ‚ethnopluralistische‘ Logik, die (D) Solidarität in nationalen oder regionalen Räumen schaffen will.

In rechten wachstumskritischen Kreisen geht mit dem Wunsch nach Regionalisierung einher, sich auf ein ‚ursprüngliches‘ Verhältnis zur Natur zurück zu besinnen und auf die endlosen Warenangebote des Kapitalismus zu verzichten. So schreibt der ultrarechte Philip Stein in seinem „Ökomanifest von rechts“, einem Gastbeitrag für die *Sezession*: „Diese Verhältnisse der nachhaltigen Wachstumsrücknahme stießen die moderne Gesellschaft vor den Kopf, würden alles über den Haufen werfen, was die Nachkriegswelt als Fortschritt definiert. [...] Eine ‚Décroissance‘, die Rückkehr zum Ursprünglichen, ja eine ökologisch-völkische Renaissance ist es, die wir allzu bürgerlich Gewordenen vertreten müssen.“⁹ Und auf der Website der rechtsradikalen Gruppierung *Der Dritte Weg* heißt es: „Basierend auf dem Prinzip des Haushaltens, der Sittsamkeit, der Genügsamkeit und des organischen Wachstums [...] garantiert sie [die raumorientierte Volkswirtschaft] den nachhaltigen Aufbau eines an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Wirtschaftssystems.“¹⁰

Auch linke Wachstumskritiker*innen fordern regionale und dezentrale Wirtschaftskreisläufe als Alternative zum wachstumsgetriebenen globalen Kapitalismus, denn aus öko-sozialer Sicht sprechen gute Gründe dafür. Dabei grenzen sich diese Positionen nicht immer klar von rechten Träumen von selbstgenügsamen, unabhängigen nationalen Räumen ab. Auch Kritik am modernen Leben und der Ruf nach Bescheidenheit finden sich insbesondere bei einigen Postwachstumspositionen, die auf Genügsamkeit und Selbstversorgung setzen. Dort wird auf die „alte Tugend Mäßigung“ verwiesen, als „Alternative zum Fortschrittsversprechen kapitalistischer Industriegesellschaft“.¹¹ Eine solche pauschale Kritik der Moderne kann jedoch leicht anschlussfähig sein für eine verklärende völkisch-nationale Rückbesinnung auf das Ursprüngliche, welche historische soziale Fortschritte verkennt und ein Zurück zu vermeintlich kulturell einheitlichen „Volksgemeinschaften“ fordert (K) Umwelt und Entwicklung).

Nur machtblinde Verzichtsdebatten?

In weiten Teilen der kapitalismuskritischen Degrowth-Bewegung findet eine kritische Selbstreflexion und eine ausdrückliche Abgrenzung nach rechts bereits statt. Dennoch bleiben in

einigen sich als links verstehenden wachstumskritischen Positionen Anknüpfungspunkte für rechte Gruppen; dies gilt insbesondere dann, wenn reine Verzichtsdebatten geführt werden.

Viele wachstumskritische Positionen fordern Enthaltensamkeit, Verzicht und ein Weniger an Konsum von allen, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Wie intensiv Menschen auf natürliche Ressourcen zugreifen und konsumieren können, hängt jedoch stark davon ab, wo ein Mensch beispielsweise geboren wurde, welches Geschlecht die Gesellschaft ihm zuschreibt und welcher sozialen Schicht er angehört. Eine verallgemeinernde Argumentation schafft Anknüpfungspunkte für Forderungen danach, das Bevölkerungswachstum (K) Bevölkerungspolitik) einzudämmen, da alle Menschen gleichermaßen zum übermäßigen Ressourcenverbrauch beitragen. Individuelle Enthaltensamkeit in den Vordergrund zu stellen, ignoriert außerdem die systematischen Gründe eines ressourcenintensiven Wachstums, das untrennbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden ist.

Zudem rufen in der Postwachstumsdebatte vor allem diejenigen nach Verzicht, die bereits mehr als genug haben. Pauschale Wachstumskritik ignoriert Privilegien und Machtverhältnisse und die Tatsache, dass in vielen Teilen der Welt und auch in Teilen der Gesellschaften des (G) Globalen Nordens noch nicht „genug“ vorhanden ist. Sie verurteilt jegliche Form von Wachstum und fragt oftmals nicht: Welches Wachstum ist ausbeuterisch und geht auf Kosten jener, die heute schon weniger Privilegien genießen? Wo müssen beispielsweise noch Sanitär-, Energie- oder Verkehrsinfrastrukturen ausgebaut werden, damit Menschen ein gutes Leben führen können? Schlagzeilen wie „Arme Menschen sind die wahren Klimaschützer“¹² stellen einen Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und niedrigem CO₂-Ausstoß dar. Dieser ist in tatsächlicher Hinsicht korrekt; eine solche Darstellung legt aber nahe, dass es aus ökologischer Sicht schlecht sei, wenn Reichtum zugunsten finanziell benachteiligter Bevölkerungsgruppen umverteilt würde und Menschen damit weniger arm sind. Solange wachstumskritische Positionen (globale) Umverteilung nicht einschließen, bleiben sie anschlussfähig für rechte Gruppen, die (G) sozialdarwinistisch gegen jegliche Umverteilung von Reichtum wettern. Und sie können sich von rechten Argumentationen vereinnahmen lassen, die vor allem nationalen Wohlstand sichern wollen und mit dem Argument, sonst hätten noch mehr Menschen Teil an einem ressourcenintensiven Lebensstil, Süd-Nord-Migration verhindern wollen.

Dabei gibt es durchaus auch rechtspopulistische wachstumskritische Positionen, die Umverteilung – jedoch innerhalb eines nationalen Rahmens – ausdrücklich fordern und die vermeintlich elitären Verzichtsdebatten grün-liberaler Gruppen kritisieren. Dies wird damit begründet, dass diese Verzichtsdebatten zu Lasten der sogenannten einfachen deutschen Bevölkerung gingen.¹³ Hier schlagen rechtspopulistische Wachstumskritiker*innen in die Kerbe exklusiver Solidaritäten (D) Solidarität). Sie als emanzipatorisch und fortschrittlich verstehende wachstumskritische Positionen, die Umverteilung fordern, ordnen sich daher – in klarer Abgrenzung von rassistischem oder völkisch-nationalem Denken – einer Bewegung für globale Gerechtigkeit zu.¹⁴ Die zentralen Bezugspunkte ihrer wachstumskritischen Position sind dabei globale Solidarität und ein gutes Leben für alle.

Zum Weiterlesen:

Bierl, Peter (2016): *Böses Wachstum*, in: *Jungle World*, 2016/06, <https://jungle.world/artikel/2016/06/boeses-wachstum>.

Eversberg, Dennis (2018): *Gefährliches Werben. Über die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (4), 52-61.

FARN 2019: *Thema: Postwachstum*, in: *Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden*, 17/18.

Hasenheit, Marius und Nordsieck, Viola 2018: *Gutes Leben, aber nicht für alle*, in: *transform magazin*, <http://www.transform-magazin.de/gutes-leben-aber-nicht-fuer-alle/>.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea 2019: *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Junius-Verlag, Hamburg.

Wilmsen, Felix (2019): *Ignorant und verharmlosend. Dem Postwachstumsspektrum fehlt ein antifaschistischer Konsens – die politische Rechte weiß das zu nutzen*, in: *analyse&kritik*, 655, 28.

Quellen und Anmerkungen:

- 1 Höcke, Björn (2014): Weihnachtsansprache für die Junge Alternative, Stuttgart.
- 2 Attac-AG „Jenseits des Wachstums“, <https://www.jenseits-des-wachstums.de/index.php?id=12555>.
- 3 Menzel, Felix (2015): Wachstumskritik (V): Überbevölkerung, Reichtum und Technologie, Sezession (Website).
- 4 Ladig, Landolf (2012): „Ökologie und Postwachstumsökonomie: Die Krise des Liberalismus“, in *Volk in Bewegung* (1), S. 12-15, (Anmerkung: Es liegen umfassende Darlegungen vor, die nahelegen, dass der Fraktionschef der AfD-Thüringen Björn Höcke unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ in neonazistischen Zeitschriften publiziert hat, siehe <https://krautreporter.de/2769-was-bjorn-hocke-in-einer-ndp-zeitschrift-schrieb-als-er-noch-nicht-im-rampenlicht-stand>). Ähnlich argumentiert auch die Wissensmanufaktur, ein der verschwörungsideologischen Szene nahestehender Think-Tank, in ihrem sogenannten, wachstumskritischen „Plan B“. Darin beziehen sich die Autoren direkt auf den NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder: Popp, Andreas/Albrecht, Rico (ohne Datumsangabe): Plan B. Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung.
- 5 Paech, Niko 2008: Regionalwährung als Bausteine einer Postwachstumsökonomie. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 158-159, S. 10-19. Niko Paech arbeitet auch mit der wert-konservativen Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zusammen und war zu Gast im Nachrichtenportal des Verschwörungstheoretikers Ken Jepsen.
- 6 Attac/Heinrich-Böll-Stiftung (2018): Die Wachstumsmaschine – Video, https://www.youtube.com/watch?time_continue=138&v=v6SNGTctIL8.
- 7 Meerheym, Moritz (ohne Datumsangabe): Globale Aufforstungen gegen die „Klimakatastrophe“?, Gegenstrom (Blog).
- 8 Dieke, Tom (2018): Die Wirtschaftsethik in der raumorientierten Volkswirtschaft – Warum die Wirtschaft dezentral und regional organisiert werden muss, Der Dritte Weg (Website).
- 9 Stein, Philip (2014): Ökomanifest von rechts, Sezession (Website).
- 10 Siehe Endnote 8.
- 11 Vogel, Thomas (2018): Mäßigung: Von einer alten Tugend lernen, in: *Postwachstums-Blog*, <https://www.postwachstum.de/maessigung-von-einer-alten-tugend-lernen-20180906>. Paech, Niko (2017): Der zerstörerische Traum vom Fortschritt, in: *Zeit Online*, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-01/europa-fortschritt-wachstum-industrie-digitalisierung-oekologie-klimawandel>.
- 12 Titel einer Nachricht im bundesweit größten Naturkostmagazin „Schrot und Korn“: <https://schrotundkorn.de/news/lesen/kurz-notiert-102016.html>.
- 13 Meerheym, Moritz (ohne Datum): Die Umweltfrage, Greta Thunberg und die Deutsche Rechte, Gegenstrom (Blog).
- 14 Vergleiche zum Beispiel www.degrowth.info.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Als Verschwörungstheorie kann ein Erklärungsansatz bezeichnet werden, der versucht, bestimmte Ereignisse als Ausdruck eines Wirkens von wenigen, im Geheimen handelnden Menschen zu meist illegalen oder illegitimen Zwecken zu deuten. Da davon ausgegangen wird, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen dabei im Verborgenen handelt, sind Verschwörungstheorien in der Regel nicht vollständig durch überprüfbare Quellen nachzuweisen. Sie beruhen oftmals zumindest teilweise auf belegbaren Tatsachen, zum Beispiel auf großen, medienwirksamen Ereignissen (Mondlandung, Mord an John F. Kennedy, Anschläge vom 11. September 2001). Das macht sie für manche Leute glaubhaft. Verschwörungstheorien verknüpfen tatsächliche Ereignisse jedoch nach einer bestimmten Logik mit anderen Ereignissen und ziehen daraus ganz spezifische Schlussfolgerungen. Die Abgrenzung zwischen Verschwörungstheorien und einem berechtigten kritischen Hinterfragen des Handelns von beispielsweise Regierungen oder Konzernen ist nicht immer einfach.

Verschwörungstheorien sind – egal, ob sie von links oder rechts kommen – problematisch: Die Annahme, dass kleine mächtige Gruppen im Geheimen die Fäden in der Hand halten, ignoriert Herrschaftsverhältnisse und andere strukturelle Gegebenheiten. Außerdem besteht die Gefahr, dass solche Annahmen Diskriminierungen gegenüber einzelnen Menschengruppen Vorschub leisten. Vor allem im europäischen Kontext bedienen sich Verschwörungstheorien teilweise antisemitischer Beschreibungen und Bilder und verstetigen dadurch antisemitische Vorurteile (➤ Antisemitismus). Die fehlende Belegbarkeit von Verschwörungstheorien macht es zudem schwierig, sachlich über die vorgetragenen Argumente zu reden und auf dieser Grundlage Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Da es sich in ihrem Fall also nicht um Theorien im wissenschaftlichen Sinne handelt, bevorzugen manche die Bezeichnung Verschwörungsideologie bzw. -mythos.

Zum Weiterlesen:

Amadeu Antonio Stiftung (2015): *»No World Order«. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt verklären*, Berlin, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/no-world-order>.



MANCHE MEINEN LINKS UND RECHTS KANN MAN NICHT VERWECHSELN. WELCH EIN IRRTUM!¹

Die verschiedenen Beispiele aus unserer Broschüre zeigen, dass es zwischen rechten und linken Positionen zu ökologischen Fragen sehr wohl Schnittmengen gibt. Im Folgenden fassen wir diese zusammen und geben Anregungen, wie sich aus linker Sicht damit umgehen lässt.

Hier wird's brenzlig:

Schnittmengen zwischen linken und rechten Positionen zu ökologischen Fragen

Sowohl linke als auch rechte Gruppen üben Kritik an den bestehenden Verhältnissen und meinen, dass es ‚so nicht weitergehen kann‘. Auch Rechte vertreten dabei scheinbar antikapitalistische Positionen, etwa in Form von Kritik an Konzernen und Profitinteressen. Von links und rechts gibt es Kritik an der Globalisierung und einen positiven Bezug auf das Regionale, z. B. regionales Wirtschaften. Daneben gibt es Überschneidungen bei einigen Forderungen, etwa in Bezug auf eine Ablehnung von Gentechnik oder Unterstützung für kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft – wenn auch meist mit ganz unterschiedlichen Begründungen.

Immer wieder finden sich bei linken Positionen Elemente, die anknüpfungsfähig an die Argumentationen rechter Gruppen sein können. Dazu zählen unter anderem:

- ▶ Linke und Rechte romantisieren zum Teil traditionelle, naturnahe Lebensweisen und kritisieren pauschal die moderne Gesellschaft.
- ▶ Sowohl in linken als auch in rechten Positionen wird nicht immer hinreichend berücksichtigt, dass es innerhalb bestimmter Gruppen von Menschen große Unterschiede gibt und nicht alle automatisch die gleichen Interessen und Bedürfnisse haben. Die Bedeutung sozialer Verhältnisse gerät dabei teilweise aus dem Blick.
- ▶ Einfache und sehr zugespitzte Erklärungsmodelle, die annehmen, dass sich alles auf eine einzige bestimmte Ursache bzw. auf eine bestimmte Gruppe von Verursacher*innen zurückführen lässt (▶ Verschwörungstheorien), erfreuen sich einiger Beliebtheit.
- ▶ Linke und rechte Gruppen warnen vor baldigen Katastrophen, wenn nicht schnell und energisch gehandelt wird. Dabei formulieren sie scheinbare Sachzwänge. Die Gefahr, dass es dabei zu einem undemokratischen oder repressiven Vorgehen kommen kann, wird nicht benannt.

Hier wird's klarer: Linke Positionen zu ökologischen Fragen

Zentrale Positionen und Argumente, die Texten von linken Gruppierungen gegenüber rechten Gruppen möglichst vereinnahmungsfest machen, sind die folgenden:

- ▶ Linke Kritik an den herrschenden Zuständen zielt häufig auf die zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen des Kapitalismus. Sie thematisiert Herrschaftsverhältnisse wie beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Sexismus sowie soziale Ungleichheiten. Dies gilt auch in Bezug auf Ökologiefragen.
- ▶ Linke Positionen sehen die ökologische Krise in ihren verschiedenen Erscheinungsfor-

men und die sozialen Verhältnisse, die sie bedingen, nicht als etwas natürlich Gegebenes an. Vielmehr gehen Linke davon aus, dass ökologische Krisen und Gegebenheiten die Folge von komplexen gesellschaftlichen Prozessen und Kämpfen sind. Gesellschaftliche Naturverhältnisse und der Umgang mit ökologischen Fragen lassen sich somit durch kollektives menschliches Handeln gestalten und verändern.

- ▶ Der Bezugsrahmen für linke, emanzipatorische Positionen zu Ökologie ist ein globaler. Ziel ist die Überwindung von Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen zugunsten aller Menschen, insbesondere aber jener, die derzeit unterdrückt werden, arm sind, diskriminiert werden, weniger Chancen haben. Es geht also nicht einfach um den Schutz natürlicher Ressourcen oder Ökosysteme, sondern vielmehr um ein gutes Leben für alle. Dazu gehören die Forderung nach und Kämpfe für globale Bewegungsfreiheit und Überwindung von nationalstaatlichen Grenzen.
- ▶ In dem Kapitel „Was sind eigentlich ‚rechte‘ und ‚linke‘ Positionen?“ haben wir erklärt, wie wir die Begriffe „rechts“ und „links“ verstehen. Dabei haben wir auch darauf hingewiesen, dass es verschiedene Dimensionen gibt, in denen sich Linke politisch verorten: (1) Glaube an die Gleichwertigkeit aller Menschen und Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe (2) Forderungen nach weiterer Demokratisierung und (3) Unterstützung für materielle Umverteilung und Gleichheit und Forderung nach Zurückdrängung von Marktmechanismen als Grundlage der Wirtschaft. Je ausgeprägter eine linke Position sich zu allen dieser Dimensionen verhält, desto schwieriger ist es, dass sie von rechts vereinnahmt wird.

Was tun? Abgrenzung nach rechts!

Wie lässt sich mit den beschriebenen Schnittmengen umgehen? Als linke Aktivist*innen sind wir der Ansicht, dass es einer Abgrenzung nach rechts bedarf. Wir wollen rechten Argumenten keinen Vorschub leisten. Wir sind nicht der Meinung, dass es akzeptabel ist, wenn rechte Gruppen oder Einzelpersonen bei linken Demonstrationen mitmachen, weil sie zu bestimmten ökologischen Sachfragen ähnliche Positionen haben. Rechte Positionen grenzen bestimmte Menschen aus, werten sie ab und haben eine Vision von der Welt, die wir grauenhaft finden – deswegen wollen wir hier keine Kompromisse eingehen.

Es mag verlockend erscheinen, kurzfristige Mobilisierungserfolge über vereinfachende Argumentationen oder Freund-Feind-Kategorien zu erreichen. Vielleicht kommen auch mehr Leute zu einer Demo, wenn die Organisator*innen darauf bestehen, weder rechts noch links zu sein. Wenn wir uns aber nicht klar von rechten Positionen und Gruppen abgrenzen – auch dann, wenn wir vermeintlich für die gleichen Umweltziele kämpfen – bieten wir ihnen eine Plattform und tragen dazu bei, dass ihre menschenverachtenden Positionen immer stärker als ‚normal‘ angesehen werden. Außerdem sollen sich in linken Gruppen und bei Aktionen auch diejenigen sicher fühlen und teilnehmen können, die von Rechten abgewertet oder ausgegrenzt werden.

Dabei geht es natürlich nicht darum, als Linke bestimmte Positionen zu ökologischen Fragen aufzugeben, nur weil Rechte sich diese Positionen auch zu eigen machen. Es ist auch nicht zwingend, dass auf jeder Demonstration zu einem Umweltthema eine Antifa-Fahne ge-

schwungen wird oder in jedem Flugblatt das Wort „links“ auftaucht. Doch rechte Positionen kommen immer mehr in der sogenannten Mitte der Gesellschaft an; Rechte versuchen dort, mit Themen wie Ökologie, die eben nicht ‚typisch rechts‘ sind, anschlussfähig zu werden. Deswegen ist es für linke Aktivist*innen umso wichtiger, eigene Argumente zu schärfen und klar Position zu beziehen.

Im Folgenden findet ihr einige Ansätze, die dabei helfen können, uns von rechten Positionen abzugrenzen:

Hinterfragen der eigenen Position: Es ist gut, wenn wir uns darüber im Klaren sind, was Kernelemente linker Positionen sind. Also: Was ist eigentlich links an unserer Gentechnik-Kritik? Was unterscheidet unsere Globalisierungskritik von der rechten Spielart? Wir sollten unsere Positionen zu ökologischen Fragen auf dieser Grundlage so genau formulieren, dass es für rechte Gruppen schwerer wird, sich positiv darauf zu beziehen.

Gut begründen und eigene Position deutlich machen: Bei einigen Ökologie-Themen unterscheiden sich linke Positionen von rechten nicht in erster Linie durch ihre Forderungen, sondern durch ihre Begründungen. Daher ist es wichtig, unsere Positionen gut zu begründen – und dabei möglichst Argumente, Bilder und Begriffe zu vermeiden, die auch von Rechten benutzt werden. Eine Checkliste mit Fragen, die in diesem Zusammenhang nützlich sein können, findet sich auf Seite 52.

Klare Positionen zu anderen Gruppen in Bündnissen: Es ist grundsätzlich eine sinnvolle Strategie, für gesellschaftlichen Wandel breite Bündnisse zu schmieden, in denen nicht alle Gruppen in jedem Detail übereinstimmen. Auch unter linken Gruppen und im politischen Mainstream gibt eine Bandbreite an Positionen und Strategien – und das ist gut so. Gruppen, die sich nicht klar von rassistischen, antisemitischen, völkischen oder anderweitig menschenfeindlichen Ideologien distanzieren (oder diese gar selbst vertreten) haben in linken Bündnissen aber nichts zu suchen. Das gilt schon deswegen, weil durch ihre Beteiligung anderen, beispielsweise von Rassismus Betroffenen, die Teilnahme erschwert wird. Es ist daher wichtig, zu prüfen, welches Weltbild und welche politischen Ziele Gruppen und Einzelne vertreten, die sich mit uns solidarisch erklären oder an unseren Aktionen teilnehmen.

Kritische Prüfung von Quellen: Auch in Bezug auf Quellen und Texte, auf die sich unsere Texte stützen, ist es gut, kritisch zu prüfen, wer jeweils dahintersteckt. Zum Beispiel wäre es problematisch, auf eine wachstumskritische Position eines rechten Autors zu verweisen, auch wenn wir selber unbegrenztes Wirtschaftswachstum kritisch sehen.

Offenheit gesellschaftlicher Verhältnisse betonen: Es sind nicht nur Linke, die an die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse glauben. Dennoch ist es wichtig, Situationen nicht so zu beschreiben, dass vornehmlich Angst erzeugt wird. Ja, viele ökologische Probleme verlangen dringliches Handeln. Aber wenn allzu sehr der Teufel an die Wand gemalt wird, kann das dazu führen, dass kaum noch Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen und für eigenes, kollektives Handeln vorstellbar ist. Das sollten wir vermeiden, denn es legt den Ruf nach schnellen, autoritären Lösungen nahe.

Es ist klar, dass linke Gruppen Vereinfachungen, die möglicherweise eine Nähe zu rechten Positionen schaffen, nicht immer vermeiden können. Nicht in jeder Äußerung zu Gentechnik,

Wachstumskritik oder zur Klimakrise können beispielsweise der Zusammenhang zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen und ihr Einfluss auf Umweltprobleme im Detail analysiert werden. Flyer, Mobilisierungsmaterial, Tweets – all das setzt ein gewisses Maß an Vereinfachungen voraus und schafft damit möglicherweise Anknüpfungspunkte nach rechts. Umso wichtiger ist es, sorgfältig zu arbeiten und sich beispielsweise die Fragen aus der Checkliste unten zu stellen, um eine Nähe zu rechten Positionen zu vermeiden. Ebenfalls können wir nicht immer wissen, wer an unseren Aktionen teilnimmt oder sind in der Lage, rechte Gruppen oder Einzelpersonen von unseren Aktionen auszuschließen. In allen Fällen sollten wir aber unser Möglichstes tun, um uns als Linke klar zu positionieren – zu ökologischen Fragen und auch sonst. Manche meinen, linke und rechte Positionen unterscheiden sich nicht? Welch ein Irrtum!

Fussnote:

¹ Ursprünglich war der Titel dieses Textes und der gesamten Broschüre an das Gedicht „Lichtung“ von Ernst Jandl angelehnt. Nach dem Druck der Broschüre wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Vertauschung von „l“ und „r“ in rassistischen Darstellungen häufig zur Markierung von Asiat*innen genutzt wird. Dass die Verwendung von Jandls Gedicht somit anti-asiatischen Rassismus reproduziert und negative Erfahrungen bei als Asi-at*innen markierten Menschen wachrufen kann, war uns nicht bewusst. Wir weisen in der Broschüre darauf hin, dass die mehrheitlich weiße und privilegierte Position, aus der wir schreiben, zu Auslassungen und Verkürzungen führen kann. Der Titel der Broschüre ist leider ein klares Beispiel dafür. Die Kritik, für die wir uns bedanken, zeigt uns erneut, wie leicht wir als Menschen, die selbst nicht negativ von Rassismus betroffen sind, Gefahr laufen, solche Erfahrungen zu übersehen. Und sie gibt uns abermals Anstoß, unsere eigenen Strukturen zu hinterfragen und zu überlegen, wie wir dem Anspruch besser gerecht werden können, mit anti-rassistischen Kämpfen solidarisch zu sein.

Checkliste für eigene Texte

Im Folgenden findet ihr einige Fragen, die euch helfen können, eure eigenen Texte auf Nähe zu rechten Positionen und Argumentationsmustern zu prüfen. Mithilfe der Fragen könnt ihr eure Texte dann hoffentlich so überarbeiten, dass es für Rechte schwieriger wird, sie für sich zu vereinnahmen:

- ▶ Wird deutlich, aus welcher gesellschaftlichen Position heraus wir Kritik äußern oder Forderungen stellen?
- ▶ Inwiefern thematisieren wir verschiedene, miteinander verschränkte Macht- und Herrschaftsverhältnisse und zielen darauf ab, diese zu überwinden?
- ▶ Inwiefern werden durch unsere Forderungen und Positionen bestehende Privilegien verteidigt?
- ▶ Zielen unsere Positionen auf die Vision eines guten Lebens für alle und auf globale Solidarität und Gerechtigkeit? Oder haben wir einen bloß nationalen oder regionalen Bezugsrahmen?
- ▶ Nutzen wir Argumente oder Beschreibungen, die bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse als vorgegeben oder ‚natürlich‘ betrachten? Gehen wir davon aus, dass es eine unveränderbare ‚natürliche‘ Ordnung gibt?
- ▶ Enthält unser Text bestimmte Vereinheitlichungen, Zuschreibungen oder Abwertungen, die sich auf bestimmte Menschengruppen (beispielsweise Migrant*innen oder Frauen*) beziehen?
- ▶ Enthält unser Text Ähnlichkeiten zu Verschwörungstheorien? Wird zum Beispiel davon ausgegangen, dass eine kleine mächtige Gruppe von Menschen im Geheimen arbeitet und für bestimmte politische, ökologische oder wirtschaftliche Entwicklungen allein verantwortlich ist?
- ▶ Werden in unseren Texten autoritäre Lösungen (etwa ein starker Staat) gefördert?
- ▶ Thematisieren wir in unserem Text Privilegien bestimmter Gruppen, auch unsere eigenen?
- ▶ Welche (sprachlichen) Bilder und Begriffe verwenden wir in unserem Text und von wem und in welchem Zusammenhang werden diese sonst noch verwendet?

RECHTE GRUPPEN UND PUBLIKATIONEN

Im Folgenden finden sich kurze Erläuterungen zu den in der Broschüre zitierten rechten Gruppen und Publikationen.

Gruppen

Alternative für Deutschland (AfD): Die *Alternative für Deutschland* ging 2013 aus Protesten gegen die Euro-Rettungspolitik hervor und zog 2017 in den Deutschen Bundestag ein. Die AfD versammelt Vertreter*innen des  rechtspopulistischen wie auch  völkischen Spektrums. Sie vertritt rassistische und andere menschenverachtende Positionen.

Der Dritte Weg: *Der Dritte Weg* ist eine neonazistische,  völkische Kleinstpartei in der BRD. Gegründet wurde sie 2013 unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger NPD-Funktionäre und Mitgliedern des *Freien Netzes Süd*, eines 2014 verbotenen neonazistischen Dachverbands.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Die *Freiheitliche Partei Österreichs* ist eine rechte Partei, die unter anderem migrations- und EU-feindliche Positionen vertritt. Zuletzt in einer Koalition mit der konservativen *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)*, war sie bereits viermal an einer österreichischen Regierung beteiligt. Die FPÖ und ihre Mitglieder stehen wegen rassistischen und antisemitischen Äußerungen, Verbindungen in die Neonazi-Szene sowie Korruptionsvorwürfen in der Kritik.

Identitäre Bewegung (IB): Die *Identitäre Bewegung* ist vor allem ein Internetphänomen mit einem  völkischen und  ‚ethnopluralistischen‘ Weltbild, aktionistischen Protestformen und überwiegend jungen Mitgliedern. In Frankreich Anfang der Nullerjahre gegründet, breitete sich die IB von dort vor allem in Österreich und jüngst auch in Deutschland aus. Mit Jugendkultur, hippen Aktionsformen und starker Präsenz in sozialen Netzwerken will sie rechtes Gedankengut entstauben, Aufmerksamkeit generieren und anschlussfähig für ein breites junges Publikum sein.

Junge Alternative für Deutschland (JA): Die *Junge Alternative für Deutschland* ist die Jugendorganisation der *Alternative für Deutschland*.

Junge Nationalisten: Die *Jungen Nationalisten* sind die 1967 als *Junge Nationaldemokraten* gegründete Jugendorganisation der NPD. 2018 sollte der Organisation mit der Umbenennung

nung in *Junge Nationalisten* und einer stärkeren Orientierung an Gruppen wie der *Identitären Bewegung* ein modernes und zeitgemäßes Auftreten gegeben werden. Die Neuausrichtung reagiert auf einen massiven Verlust an Mitgliedern und den Rückgang aktiver Strukturen seit den 1990ern.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD): Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist eine 1964 gegründete Kleinpartei in der BRD, die  völkisch-nationalistische, antisemitische, rassistische und zunehmend islamfeindliche Positionen vertritt.

Publikationen

Blaue Narzisse: Die *Blaue Narzisse* wurde 2004 als Schüler*innenzeitung in Chemnitz gegründet. Seit 2006 gibt es auch ein Online-Format. Gründer und Chefredakteur ist der rechte Publizist, Burschenschaftler und Mitglied der *Identitären Bewegung* Felix Menzel. Die *Blaue Narzisse* gilt mittlerweile als etablierte Veröffentlichung neuerer rechter Gruppen sowie der *Identitären Bewegung* und behandelt neben politischen Inhalten auch Jugend- und Kulturthemen.

Cicero: *Cicero* ist ein monatlich erscheinendes politisches Magazin mit ursprünglich liberal-konservativer Ausrichtung. Nach den Diskussionen um die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland im Jahr 2015 haben rechts-konservative Stimmen mehr Gewicht.

Compact – Magazin für Souveränität: Die Zeitschrift ist häufig an Kiosken, in Zeitungsläden oder Supermärkten zu finden. Bei der *Compact GmbH* erscheinen zusätzlich zahlreiche Sonderreihen wie *Compact-Spezial*, *Compact-Edition*, *Compact-Geschichte* oder das Format *Compact TV*. Das Blatt versteht sich als Gegenpol zu den – seiner Auffassung nach – „gleichgeschalteten“ Medien und fungiert als Sprachrohr des  völkischen Flügels der *AfD*. *Compact* zielt auf den „einfachen Bürger“ als Leser*innenschaft, deckt typisch rechtspopulistische Themen wie Migration ab und verbreitet häufig  Verschwörungstheorien.

Deutsche Stimme: Die *Deutsche Stimme* ist die monatlich erscheinende Parteizeitung der *NPD*, die vor allem parteipolitische Belange und Ziele behandelt. Neben der Printausgabe gibt es eine Website, verschiedene Social-Media-Kanäle und das Format DS-TV, welches Video-Clips mit Politikinhalten der *NPD* und Interviews mit Parteimitgliedern ausstrahlt.

Ein Prozent-Blog: Der Blog gehört zur ‚Bürgerinitiative‘ *Ein Prozent*. Diese dient als Vernetzungsplattform, PR-Agentur rechter Kampagnen und als Crowdfunding-Portal, etwa für Aktionen der *Identitären Bewegung*. Innerhalb der Initiative gibt es eine Gruppe für „investigative“ Recherchen, die Artikel zu Themen wie Asyl und Geflüchtetenhilfe sowie Vorstellungen von rechten Gruppierungen publiziert. Auch erscheinen diffamierende Artikel über die linke Szene und über Aktive in der Seenotrettung, die Reaktionen bis hin zu Morddrohungen auslösen.

Gegenstrom – Plattform für rechte Metapolitik: *Gegenstrom* ist rechter Blog und Diskussionsforum des Verlags *MetaPol*. Nach eigener Beschreibung soll er „die diversen Strömungen innerhalb der deutschen Rechten zur Interaktion miteinander verleiten.“

Junge Freiheit: Die *Junge Freiheit* ist eine rechte Wochenzeitung, die 1986 gegründet wurde. Ihren Ursprung hat sie vor allem im Milieu rechter Burschenschaften an Universitäten. Während ihres über dreißigjährigen Bestehens hat die Zeitung ihr Profil oft geändert. Allerdings tritt sie weiterhin für einen  völkischen, ethnisch begründeten Nationalismus sowie antidemokratische und hierarchische Gesellschaftsentwürfe ein.

Recherche D: *Recherche D* erscheint als „Infobrief“ des rechten Projekts *Recherche Dresden – Denkfabrik für Wirtschaftskultur*, das sich auf wirtschaftliche Themen konzentriert. Ziel ist es, „die ökonomische Kompetenz der patriotischen Opposition“ zu erhöhen und eine verstärkte Auseinandersetzung mit Themen wie „Antikapitalismus von rechts“ und „Sozialpatriotismus“ zu fördern.

Sezession: Die Zeitschrift *Sezession* ist das Sprachrohr der vom rechten Verleger Götz Kubitschek gegründeten Denkfabrik *Institut für Staatspolitik*. In der Zeitschrift erscheinen unter anderem Portraits von wichtigen Persönlichkeiten der Rechten und Artikel, die sich mit typisch rechten Themen wie Einwanderung, Demographie, Islam, Familie, dem Zweiten Weltkrieg oder dem Nationalsozialismus befassen.

Umwelt & Aktiv – Magazin für gesamtheitliches Denken: Das Vierteljahresmagazin erscheint seit 2007 und wird herausgegeben als „Rundbrief an Mitglieder und Freunde des Umweltvereins Midgard e.V.“, der sich nach eigenen Angaben für „Naturschutz, Tierschutz und Heimatschutz“ einsetzt. Neben Tipps für Familie, Haus und Garten finden sich dort Artikel zu umweltpolitischen Themen wie etwa Gentechnik, Atomkraft oder Tierrechte, die unter Rückgriff auf rassistische Argumentationsmuster vorgetragen werden. Unter den Verantwortlichen für die Zeitschrift sind mehrere *NPD*-Mitglieder.

Youtube-Kanal Vlog20: Youtube-Kanal von Martin Sellner, Mitglied und Sprecher der *Identitären Bewegung* in Österreich.

GLOSSAR

Biologismus beschreibt die Übertragung biologischer Maßstäbe und Begriffe auf gesellschaftliche Verhältnisse. Mit dem Verweis auf natürliche Gesetzmäßigkeiten begründen Rechte beispielsweise soziale Ungleichheiten oder versuchen, angebliche Ungleichwertigkeiten zwischen Menschen zu beweisen.

Bioregionalismus bezeichnet ein Modell, nach dem gesellschaftliche und politische Grenzziehungen anhand naturwissenschaftlicher bzw. biologisch begründeter Merkmale (zum Beispiel Wasserläufe oder Gebirge, aber auch dort lebender ‚Völker‘) erfolgen sollen. Dieses Modell findet in der rechten Szene Widerhall und ist dort eng verknüpft mit der Idee des **Ethnopluralismus**. Vertreter*innen verstehen sogenannte Bioregionen als rechtes Alternativkonzept zur Globalisierung.

Essenzialismus (von lat. *essentia*: Wesen) beschreibt die Auffassung, dass es unveränderliche Kerneigenschaften von Menschen, Gesellschaften, Objekten usw. gibt, die ihre ‚wahre Natur‘ ausmachen.

Ethnopluralismus ist ein Weltbild und Kampfbegriff neuerer rechter Gruppen. Er nimmt an, dass Menschengruppen sich aufgrund von kulturellen und geographischen Einflussfaktoren grundlegend unterscheiden. Jeder Mensch habe nur in ‚seinem Volk‘ bzw. ‚seinem angestammten Territorium‘ einen festen Platz. Um die ‚Vielfalt der Völker‘ zu schützen und kulturelle Identitäten nicht zu gefährden, müssten jegliche Kontakte zwischen den ‚Völkern‘ und somit auch Migration unterbunden werden. Der Begriff teilt die rechte Vorstellung von ungleichwertigen Menschengruppen, versucht dies aber durch den Verweis auf getrennt nebeneinander existierende kulturelle Identitäten zu verschleiern und dabei Fremdenfeindlichkeit als natürliche Schutzreaktion darzustellen. Im deutschsprachigen Raum wird dieses Weltbild vor allem von der *Identitären Bewegung* vertreten.

Globaler Süden / Globaler Norden sind Bezeichnungen für eine grobe Einteilung von Ländern in Benachteiligte und Privilegierte in der globalisierten Welt. Die Einteilung ist nicht in erster Linie geographisch zu verstehen, sondern bezieht sich auf die politische und wirtschaftliche Position eines Landes im globalen System. Dabei verweist der Begriff auf ein ungleiches Macht- und ein Ausbeutungsverhältnis zwischen Globalem Norden und Süden, das mit dem Kolonialismus vor 500 Jahren begann und in Form von **Imperialismus** und **neoliberaler**

Globalisierung fortbesteht. Im developmentpolitischen Kontext stellt der Begriff des Globalen Südens einen Versuch dar, eine nicht-herabsetzende Alternative zu den gebräuchlichen Begriffen ‚Entwicklungsland‘ und ‚Dritte Welt‘ einzuführen. Doch auch dieser Begriff ist umstritten, da er weiterhin ein wertendes und zu verallgemeinerndes Bild zeichnet.

Imperialismus beschreibt die Ausdehnung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflussbereichs von mächtigen kapitalistischen Staaten und Konzernen auf Länder und Regionen vornehmlich im **Globalen Süden**. Imperialismus kann als politisches Mittel für die Durchsetzung des globalen Kapitalismus verstanden werden, der auf die stetige Zufuhr von Ressourcen und billiger Arbeit sowie die Ausweitung von Absatz- und Anlagemärkten angewiesen ist. Elemente der gegenwärtigen imperialistischen Weltordnung sind politische Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank oder die Welt Handelsorganisation, die durch ihre Politiken erheblichen Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen im Globalen Süden nehmen.

Imperiale Lebensweise verweist auf die Tatsache, dass die Ober- und Mittelschichten im **Globalen Norden** (und in Teilen des **Globalen Südens**) durch ihre Form zu konsumieren, zu produzieren und sich zu reproduzieren übermäßig stark auf Arbeit, Ressourcen und ökologische Schadstoffsenken im Globalen Süden (und in Teilen des Globalen Nordens) zugreifen. Während Rechte versuchen, die imperiale Lebensweise für wenige zu verteidigen und abzusichern, zielt eine linke Perspektive der globalen Gerechtigkeit auf den Übergang von der imperialen zu einer solidarischen Lebensweise. Das Konzept geht zurück auf die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen.

Klimageflüchtete ist ein Begriff, der all jene Menschen umfassen soll, deren Lebensbedingungen aufgrund klimatischer Veränderungen so sehr beeinträchtigt sind, dass sie gezwungen sind, ihren Wohnort zu verlassen. Der Begriff ist problematisch, da er nahelegt, dass sich die Fluchtgründe dieser Menschen auf klimatische Veränderungen beschränken. Der Begriff wird damit der Komplexität von Migrationsprozessen nicht gerecht. Meist liegen vielfältige, sich gegenseitig beeinflussende Rahmenbedingungen vor, die Menschen zur Flucht zwingen. Globale Wirtschafts- und Handelspolitik, Armut, Militarisierung und Krieg, der ungleiche Zugriff auf Rohstoffe sind einige Faktoren, die beeinflussen, wie schwerwiegend Menschen von klimatischen Veränderungen betroffen sind. Wir benutzen den Begriff Geflüchtete statt ‚Flüchtling‘, da der Begriff ‚Flüchtling‘ aufgrund seiner Wortendung -ling verniedlichend bzw. negativ aufgeladen ist. Geflüchtete stellt im Vergleich dazu einen neutraleren Begriff dar, der darauf verweist, dass Menschen aktiv handeln, wenn sie flüchten.

Landgrabbing beschreibt das Phänomen, dass sich finanzkräftige Investoren die Kontrolle über große Landflächen und darauf oder darunter befindliche natürliche Ressourcen sichern. Seit Mitte der 2000er Jahre haben infolge steigender Rohstoffpreise und Finanz-, Nahrungsmittel- und Energiekrisen entsprechende Investitionen in Land vor allem im **Globalen Süden** massiv zugenommen. Landgrabbing als politisierter Begriff und Alternative zum vermeintlich neutralen Begriff der Landinvestitionen weist auf die oft verheerenden sozialen, ökonomi-

schen und ökologischen Folgen hin, die entstehen, wenn Rohstoffe und Gewinne exportiert werden, während in den betroffenen Gegenden die Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung zerstört werden. Armut, Hunger und unfreiwillige Migration sind mögliche Folgen.

LGBTIQ+ ist die Abkürzung der englischen Begriffe für folgende geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen: lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*, queer. Die Sammelbezeichnung betont, dass es mehr als die (als gesellschaftliche Norm geltende) heterosexuelle Orientierung und mehr als zwei Geschlechter gibt.

Moderner Antisemitismus bezeichnet eine im Laufe des 19. Jahrhunderts entstandene, politisch und sozial motivierte Feindschaft gegenüber Jüd*innen, die rassistische,  völkische bzw. nationalistische Merkmale aufweist. Der Begriff wird in Abgrenzung zum religiös motivierten Antijudaismus des Mittelalters und der Frühen Neuzeit verwendet.

Naturalisierung beschreibt eine Erklärung, die menschliches Verhalten und soziale Verhältnisse auf ihren vermeintlich ‚natürlichen‘ Kern zurückführt und dadurch rechtfertigt.

Neoliberale Globalisierung ist ein Sammelbegriff für die weltwirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen seit dem Beginn der 1990er Jahre. Insbesondere umfasst der Begriff die Liberalisierung des Welthandels, Deregulierung der (Finanz-)Märkte, Verlagerung von industrieller Produktion und Rohstoffextraktion in Gegenden mit schwachen Arbeits- und Umweltgesetzen, den Verlust nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten inter- und transnationaler Akteure sowie Privatisierungen, unter anderem von Ökosystemen und natürlichen Ressourcen.

Ökosozialismus ist eine politische Strömung, die einen unlösbaren Widerspruch zwischen Kapitalismus und Ökologie annimmt. Der Ökosozialismus zielt auf eine Gesellschaft ab, in der Produktionsverhältnisse und Konsummuster grundlegend anders gestaltet sind als im Kapitalismus und alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft demokratisiert werden. Im Ökosozialismus sollen die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ökologisch nachhaltig und global gerecht sein.

Patriarchat beschreibt eine Gesellschaft, in der Männer sowie als männlich geltende Eigenschaften, Verhaltensweisen und Vorstellungen privilegiert und dominant sind. Patriarchale Geschlechterverhältnisse gehen mit verschiedenen Formen der Herabsetzung von und Gewalt gegen Frauen und  LGBTIQ+ einher. Sie sind tief in gesellschaftlichen Normen verankert und werden politisch, wirtschaftlich, juristisch sowie kulturell abgesichert. Patriarchale Geschlechterverhältnisse sind ein zentrales Merkmal von kapitalistischen Gesellschaften, da diese auf die Ausbeutung von Frauen und LGBTIQ+ angewiesen sind. Das Ziel linker feministischer Bewegungen ist es, patriarchale Geschlechterverhältnisse zu überwinden.

‚Rassentheorie‘ nimmt an, dass Menschen aufgrund gewisser äußerlicher Merkmale unterschiedlichen, voneinander abtrennbaren Menschengruppen, sogenannten ‚Rassen‘ angehö-

ren. Die ‚Rassentheorie‘ klassifiziert nicht nur, sondern sie überhöht eine vermeintlich weiße ‚Rasse‘ und sieht nicht-weiße ‚Rassen‘ als minderwertig an. Die Theorie verbreitete sich – obwohl wissenschaftlich unhaltbar – im 19. Jahrhundert und diente zur Rechtfertigung von Sklaverei und kolonialer Herrschaft. Im 21. Jahrhundert ziehen rechten Gruppen häufig nicht mehr biologische Merkmale, sondern kulturelle Unterschiede zur Abgrenzung und Bewertung von Menschengruppen heran ( ‚Ethnopluralismus‘).

‚Raumorientierte Volkswirtschaft‘ ist ein rechtes Wirtschaftsmodell, das eine größtmögliche Unabhängigkeit und kulturelle Gleichförmigkeit innerhalb eines nach ‚ethnischen‘ oder ‚kulturellen‘ Kriterien definierten Wirtschaftsraumes vorsieht.

Rechtspopulismus ist eine politische Strategie, die vorgibt, ‚das einfache Volk‘ gegen ‚die Eliten‘ zu verteidigen, dabei aber nicht nur zwischen oben und unten unterscheidet, sondern vor allem zwischen Menschen einer vermeintlich homogenen (nationalen/religiösen/kulturellen) Gemeinschaft und Menschen außerhalb davon. Rechtspopulismus bedient sich rassistischer Argumente, um soziale Missstände zu erklären.

Sozialdarwinismus beschreibt die Übertragung von Erkenntnissen aus der Evolutionslehre auf menschliche Gesellschaften, um so beispielsweise soziale Ungleichheiten als ‚naturgegeben‘ zu rechtfertigen.

‚Umvolkung‘/‚Bevölkerungsaustausch‘/‚Großer Austausch‘ ist eine rechte Verschwörungstheorie, der zufolge es einen geheimen Plan einer nationalen oder internationalen Elite gibt, die weiße Bevölkerung durch eine ‚fremde‘ Bevölkerung auszutauschen. Rechte nutzen diese Theorie, um Ängste zu schüren und zu fordern, dass Immigration gestoppt wird.

Völkisch leitet sich vom Wort ‚Volk‘ ab und verweist auf einen rassistischen Volksbegriff, dem nationalistische Vorstellungen von einer einheitlich zusammengesetzten Gesellschaft zugrunde liegen.

Weiß schreiben wir kursiv, weil es uns nicht um (Haut-)Farbe geht, sondern um eine Zuschreibung innerhalb einer rassistisch strukturierten Gesellschaft. Die Kursivschreibung soll die Positionierung *weißer* Menschen, die meistens unmarkiert bleibt, sichtbar machen und dazu beitragen, bestehende Privilegien, Machtverhältnisse und Normalitätsvorstellungen zu reflektieren und zu verändern. (Vgl. das Glossar des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung: www.idaev.de).

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Sehr zu empfehlen sind die Publikationen der *Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)*, die man unter www.nf-farn.de herunterladen kann:

- ▶ Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz (2018).
- ▶ Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion (2019).
- ▶ Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden (2019).
- ▶ Love Nature. Not Fascism. Demokratischen Umwelt- und Naturschutz gestalten (2019).
- ▶ Prima Klima? Natur- und Umweltschutz in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung (2019).

Darüber hinaus sind viele Materialien und Hinweise in der virtuellen FARN-Bibliothek zu finden. Sonstige weiterführende Literatur:

- ▶ Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (Apabiz) (2019): Ökologie von rechts. Magazine 4, https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/magazine_4_web.pdf
- ▶ Aronoff, Kate (2019): The European Far Right's Environmental Turn. Dissent Magazine, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/the-european-far-rights-environmental-turn.
- ▶ Bierl, Peter (2014): Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts. Unrast, Münster.
- ▶ Geden, Oliver (1996): Ökologie von rechts. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Espresso/Elefanten Press, Berlin.
- ▶ Heinrich, Gudrun/Kaiser, Klaus-Dieter/Wiersbinski; Norbert (2015): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten, Bundesamt für Naturschutz, Bonn, <https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf>.
- ▶ Penny, Eleanor (2019): This is a crisis, <https://www.versobooks.com/blogs/4319-this-is-a-crisis>.
- ▶ Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme: Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Ch. Links, Berlin.

IMPRESSUM

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiges Netzwerk, dem mehr als 100 Eine-Welt-Gruppen, developmentpolitische Organisationen, inter- bzw. transnationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte sowie Einzelpersonen angehören. Die BUKO wurde 1977 gegründet und ist damit eines der ältesten Basis-Netzwerke in Deutschland. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten. Mehr zur BUKO unter www.buko.info.

Träger der BUKO ist ein gemeinnütziger Verein. Die BUKO ist für ihre Arbeit auf Spenden angewiesen. Diese sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.

IBAN: DE 82 5206 0410 0006 4221 60

BIC: GENODEF1 EK1

Der Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (GesNat) der BUKO ist ein bundesweiter Zusammenhang von Einzelpersonen und setzt sich seit mehr als 10 Jahren aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive mit ökologischen Fragen und ihrer Verknüpfung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander. Wir beschäftigen uns mit dem Thema rechter Ökologie aus der Beobachtung von Rechtsverschiebungen und Zuspitzungen ökologischer Diskurse und aus eigenen Erfahrungen in Workshops und Veranstaltungen heraus, jedoch auch aus einer  *weißen*, mehrfach privilegierten Position (zumeist Mittelschicht, Hochschulabschluss, ...) heraus. Das heißt beispielsweise, dass wir die zunehmende Normalisierung rechter Positionen und die Zunahme von Diskriminierungen und rassistischer Gewalt in unserem Alltag – im Gegensatz zu vielen anderen Menschen – nicht unmittelbar zu spüren bekommen. Dies ist Teil der Position, aus der wir schreiben, und kann zu blinden Flecken in unseren Texten, zu Auslassungen, Verkürzungen oder bestimmten Fokussierungen führen. Dies ist uns bewusst. So sehen wir diese Broschüre vor allem als einen Beitrag von uns, um ins Gespräch zu kommen und freuen uns über Kritik, Anregungen und über Menschen, die daran weiterdenken möchten. Gleichzeitig freuen wir uns auch über alle, die Lust haben, sich am Arbeitsschwerpunkt zu beteiligen. Meldet euch gerne unter: gesnat@buko.info

Layout: Michal Žak
Druck: voice-design

Bildernachweis:

- S. 1: [Grüner Finger / Jens Volle / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 2: [Jasmin Sessler \(Änderungen vorgenommen\)](#)
- S. 4: [Degrowth Picknick / System Change not Climate Change / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 6: [We'll come united - Demonstration/Parade Hamburg 29.09.2018 / Rasande Tyskar / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 10: [Kathrin Henneberger / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 14: [Pay Numrich / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 22: [Women's March LA 2019 / Luke Harold / CC0 1.0](#)
- S. 28: [Ende Gelände / Christian Willner / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 32: [Indigenous Solidarity / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 36: [Guillaume Paumier / CC BY 3.0](#)
- S. 41: [System Change Not Climate Change / CC BY-NC 2.0](#)
- S. 42: [Kapitalismus normiert zerstört tötet / Seven Resist / CC BY-NC-SA 2.0](#)
- S. 63: [Climate Justice for All \(Änderungen vorgenommen\) / Joe Brusky / CC BY-NC 2.0](#)

Impressum (ViSdP):

Herausgegeben von

Bundeskoordination Internationalismus

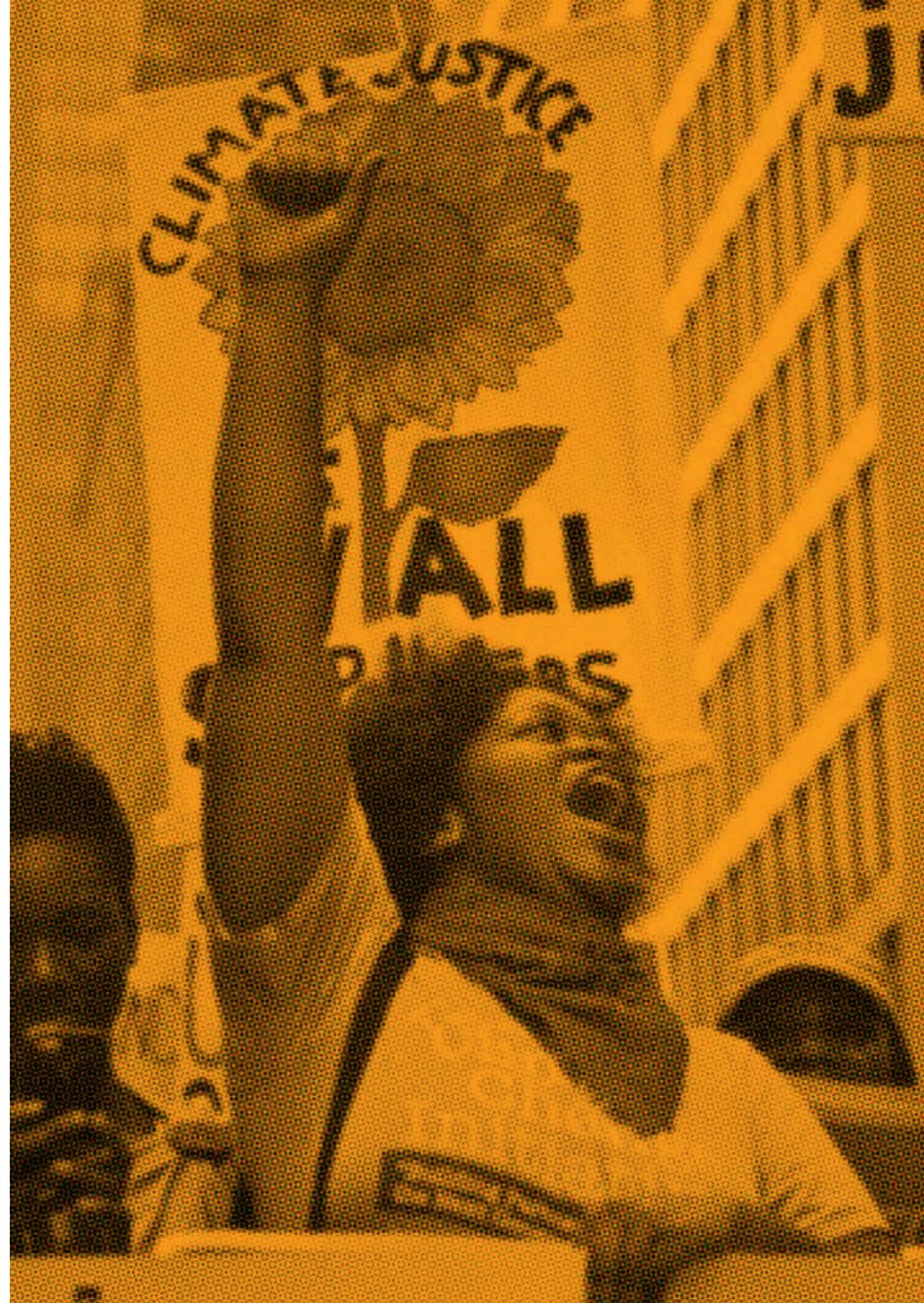
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.

Sternstraße 2, 20357 Hamburg

www.buko.info

Die Entstehung der Broschüre wurde gefördert durch die Freie und Hansestadt Hamburg (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) sowie die Kurt und Herma Römer-Stiftung (www.kurt-und-herma-roemer-stiftung.de).

Erscheinungsjahr: 2020



WWW.BUKO.INFO